

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 34

Berlin, den 25. August 1928

3. Jahrgang

Zum 13. Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands.

Am 3. September 1928 beginnen die Tagungen des 13. Kongresses der freien Gewerkschaften Deutschlands, des dritten Bundeskongresses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wenn die Vertreter von über 4 1/2 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen sich zusammensetzen, um der geleisteten gewerkschaftlichen Arbeit Stunden der kritischen Betrachtung zu widmen und, vorwärtsschauend, der gegenwärtigen und künftigen Aufgaben gedenken und neue Wege und Mittel suchen, diese Aufgaben zu lösen, so ist das immerhin ein Ereignis, mit dem zu beschäftigen sich wohl lohnt.

Die Tagesordnung, die der Kongress zu bewältigen hat, wird zweifellos einen lebhaften Meinungsaustausch erregen. Schon der Bericht des Bundesvorstandes berührt so viele wichtige Fragen, daß das Interesse, das sich schon jetzt zeigt, nur zu sehr verständlich ist. Die Berichtsperiode ist ja auch so reich an gewerkschaftlich wichtigen Ereignissen gewesen, daß es wohl eine der schwierigsten Zeitperioden war, die wir nach dem Kriege im gewerkschaftlichen Leben zu verzeichnen hatten. Wohl haben die politischen Erschütterungen nachgelassen, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge der Jahre 1925/1926 wieder einer Besserung zugeneigt, aber innerpolitisch, sozialpolitisch ist so viel Neues geschehen, zum großen Teil erst geschaffen worden durch die Initiative der Gewerkschaften und durch ihre zielbewußte, planmäßige Mitarbeit, daß die seit dem Dresdener Kongress im Jahre 1925 verflochtenen Jahre ganz außerordentlich fruchtbar gewesen sind an gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolgen. Die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes und des Gesetzes über Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung sind ja noch bei allen in frischer Erinnerung. Damit soll nun nicht gesagt werden, daß alles erledigt ist, was gewollt und geplant wurde. Es ist durchaus noch kein Grund vorhanden, sich schon jetzt auf den errungenen Fortschritten auszuruhen. Aber selbst die Kritik, wenn anders sie sachlich bleibt und den schwierigen Verhältnissen Rechnung trägt, kann der geleisteten Arbeit ihre Anerkennung nicht verweigern. Alle Politik, auch die gewerkschaftspolitische, ist eben die Kunst des Möglichen. Und das Mögliche ist auch in den verflochtenen drei Jahren erreicht worden. Ganz gewiß ging immer der gute Wille des Bundesvorstandes, etwas und nicht nur etwas, sondern viel zu tun im Interesse der Arbeiterklasse, immer weiter als seine Macht. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Mause stehen sich die Sachen. Das muß auch bei der Diskussion über den Bericht des Bundesvorstandes immer beachtet werden. Wir glauben aber, daß der Bundesvorstand mit berechtigtem Stolz seinen Tätigkeitsbericht ablegen kann. Sachliche Kritik ist zu begründen, sie kann aber das unter so viel Schwierigkeiten Erreichte nur in hellerem Lichte erscheinen lassen.

Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung sind eine erhebliche Anzahl von Anträgen, teils von den einzelnen Verbänden und einzelnen Ortsgruppen, teils vom Bundesvorstand und vom Bundesauschusse selbst, verhältnismäßig zahlreich sind die Anträge, die von der Gewerkschaftsopposition gestellt werden. Ihre Menge steht aber in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer praktischen Durchführbarkeit und ihrem Wert für die Gewerkschaftsbewegung. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle oppositionellen Anträge der Gedanke: Opposition auf jeden Fall. Um nach berühmtem Muster zu reden: „Ich kenne die Absichten und Anträge des Bundesvorstandes nicht, aber ich willbillige sie.“ Es ist mehr als zweifelhaft, ob alle Delegierten, die die oppositionellen Anträge begründen werden, das mit ihrem Verstande und ihrem Herzen uneingeschränkt tun können. Die Anträge wurden eben auf Anordnung der Gewerkschaftszentrale gestellt und nicht nur das, sie wurden vielfach von dieser kommunistischen Gewerkschaftszentrale verfaßt und so an die oppositionellen Gruppen verbannt, die sie dann in getreuer Befolgung der Parteidisziplin übernahmen und stellten. Wie dachten sich die Antragsteller folgenden Antrag in die „sofortige“ Wirklichkeit umzusetzen?

Metallarbeiter-Verband Essen: Die nächstwichtigste Aktionsaufgabe ist die Einleitung der Kampfmaßnahmen für die Siebenstundenschicht, Achtstundentag und 45-Stunden-Woche. Der Kongress verpflichtet demzufolge alle Gewerkschaftsorganisationen, sofort mit der Massenmobilisierung in den Betrieben zu beginnen. Mitglieder der freien Gewerkschaften dürfen keinen Tarifvertrag abschließen und anerkennen, der eine längere Arbeitszeit festlegt als acht Stunden täglich, 45 Stunden wöchentlich und sieben Stunden für weibliche Arbeitskräfte, für Arbeiter im Bergbau unter Tage und in gesundheitsgefährlicher Industrie. Die Gewerkschaften entscheidender Industrien (Bergbau, Hüttenindustrie, chemische Industrie und Eisenbahn) schließen ein Kampfbündnis und fordern aktiv von den Industriellen die Bewilligung der Arbeitszeitverbesserungen und organisieren den Streik zur Erringung der Siebenstundenschicht, des Achtstundentages und der 45-Stunden-Woche.

Es hat doch wirklich keinen Zweck, Streiks nur um der Streiks willen zu führen. Die Erfolgsaussichten der Arbeitskämpfe müssen sich wesentlich einigermaßen in einem günstigen Verhältnis zu den unüberwindlichen Kosten stehen. Und die Opfer eines Kampfes, den eine solche ultimativ gestellte Forderung notwendig nach sich ziehen muß, kann die Arbeiterklasse heute nicht tragen. Die fortgesetzten Rufe und Streiks müssen nicht immer eine Stärkung und Übung der proletarischen Kräfte sein, in den meisten Fällen und besonders dann, wenn es sich um aussichtslose Kämpfe handelt, werden sie zu einer wiederholten Schwächung der Gewerkschaften und zu einer Verminderung des Kampfeswillens führen. Es wäre ein unverantwortliches Beginnen seitens des Bundesvorstandes, wollte er diesen Anträgen auf sofortigen Beginn des Generallstreiks, dem daraufhin es hinaus, nachgeben. Außerdem steht in den meisten oppositionellen Anträgen doch ein gutes Teil Demagogie, denn die siebenstündige Arbeitszeit haben ja nicht einmal die im Sowjetparadies lebenden russischen Arbeiter. Der Satz im Programm der russischen Gewerkschaften: Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen nur so weit, als sie den Interessen des

Paratyphus in Glasarbeiterwohnungen.

Durch die Tagespresse ging bereits eine Mitteilung, die Nachricht davon gab, daß in den Glasindustriebetrieben Nieblütte und Spiegelau im bayerischen Wald der Paratyphus ausgebrochen sei, eine größere Anzahl unserer Kollegen erkrankt und einige gestorben sind.

Sowie die Nachricht hier im Keramischen Bund einlief, wurde der Kollege Wirbig beauftragt, nach dort zu fahren und an Ort und Stelle die Sache zu untersuchen und sowohl dem Bund als auch dem Hauptvorstand Bericht zu erstatten. Es war für die Bundesleitung klar, daß auch von uns alles versucht werden müsse, um unseren Kollegen beizustehen und, soweit wie es in der Macht der Organisation stand, Abhilfe zu schaffen. Vor allem mußte das Gewissen der Behörden wachgerufen werden.

Die Schilderung, die der Kollege Wirbig uns gegeben hat, zeigt, in welcher Weise in jenen Orten gefährdet worden ist. Wir lassen nachstehend den Bericht des Kollegen Wirbig folgen, ein Kommentar dazu ist überflüssig:

Der Paratyphus ist bereits vor ungefähr 10 Wochen ausgebrochen und gilt als eine äußerst gefährliche Darmkrankheit, die bei Frauen weit verheerender auftritt als bei Männern. In den kleinen engen Wohnungen der Glasarbeiter können die Erkrankten schon wegen der Ansteckungsgefahr nicht bleiben. Es sind Schulräume zur Verfügung gestellt, die aber bereits überfüllt sind. Wir sahen in zwei Schulräumen 16 weibliche Erkrankte, in dem andern die gleiche Zahl erkrankter Männer. Die Räume zeigten sich als viel zu eng und von dem anwesenden Arzt wurde uns bestätigt, daß durch das Zusammenlagern die Ansteckungsgefahr eine ungeheure sei. In einem Bett lag ein alter erkrankter Glasarbeiter, der mit dem Tode rang. Neben ihm sein 10jähriger Sohn, der weniger schwer litt, aber sicherlich noch schwerer erkranken dürfte. In dem Zimmer der Kranken hatten sogar einige erkrankte Frauen ihre Säuglinge im Bett liegen, die durch die schwerleidenden Mütter geküßt wurden. Wir fragten den Arzt, ob denn nicht für die Säuglinge die größte Gefahr bestände. Das wurde bejaht, aber es sei kein Raum vorhanden, um eine Verbrüderung zu schaffen.

Beim Ausbruch der Krankheit wurden die ersten Erkrankten, die in hohem Fieber, zwischen 39 und 40 Grad, schwebten, auf Lastautos oder Lieferwagen in der Sonnenglut nach dem 8 Kilometer entfernten Grafenau gebracht. Unter solchen Umständen war nicht daran zu denken, daß die abtransportierten Kranken der Gefahr enttrübt werden.

Die Wohnungen der Glasarbeiter in Nieblütte lassen sehr viel zu wünschen übrig. Sie bestehen fast nur aus einer Wohnstube und einem weiteren Zimmer. Die Abortanlagen sind ohne Spülvorrichtungen. Die Exkremente fallen in die Gruben, deren Reinigung nur selten vorgenommen wird. Wir sahen, wie aus den Gruben die Abwässer heranstreten und in einem kleinen Bächlein mündeten. Zwei Arbeiterwohnhäuser sind erst in den letzten Jahren errichtet worden, aber schon fällt der Reiz von den Wänden. Die alten wie die neuen Häuser machen einen äußerst trostlosen Eindruck und in Schmutz und Staub leben

sich die Krankheitserreger fest. An Angezeiger fehlt es nicht. Verunreinigte Betten in großer Zahl auf. Die sanitären und gesundheitlichen Einrichtungen sind sehr verbesserungsbedürftig. Mehr Raum und Licht ist erforderlich, um den Krankheitskeimen den günstigen Nährboden zu entziehen.

Wir wurden im Bezirksamt vorkestellt und haben dem Bezirksamtsmann alle diese Dinge vorgetragen, der bereits mit dem Innenministerium in Verbindung getreten ist. Zur ersten Hilfeleistung hat das Innenministerium 5000 RM. zur Verfügung gestellt. Der Betrag ist aber zu gering, um durchgreifende Reformen zu treffen. Wir halten es für notwendig, daß die Erkrankten sofort größeren Krankenhäusern überwiesen werden, um jede weitere Ansteckungsgefahr zu beseitigen. Allerdings erklärten der anwesende Oberregierungsrat und der Bezirksarzt, daß keine weitere Ansteckungsgefahr besteht. Dieser Auffassung können wir uns nicht anschließen, sondern glauben, daß die leicht zu übertragende Krankheit eine große Gefahr für den ganzen bayerischen Wald bildet.

Die wirtschaftliche Lage der Glasarbeiter ist durch die Epidemie sehr viel verschlechtert worden. Unsere Kollegen behaupten, daß besonders bei den Glasmachern die Uebertragung der Krankheit durch das Wechseln der Pfeife in der Hütte erfolgt. Dieser Einwand kann nicht von der Hand gewiesen werden und wir haben auch die Regierungsstellen darauf aufmerksam gemacht. Zugleich fehlt es an Mitteln, die von der Krankheit Betroffenen und durch den Tod ihrer Angehörigen schwer in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen genügend zu unterstützen.

Der Keramische Bund im Fabrikarbeiterverband wird seine ganze Kraft einsetzen, um 1. die Kollegen über die große Gefahr aufzuklären, in der sie sich befinden; 2. von den Behörden verlangen, daß kein Mittel unversucht bleibt, um Leben und Gesundheit der Arbeitermassen sicherzustellen. Unsere Mitlieder werden gerade im Fabrikarbeiterverband den stärksten Vorkampf und den besten Stützpunkt finden.

Der Bericht ist auch an den Hauptvorstand nach Hannover gegangen und dieser hat sofort seine Stellung genommen und in dankenswerter Weise einen vorläufigen Betrag von 1000 RM. aus Mitteln der Sparkasse zur Verfügung gestellt, um die augenblickliche Notlage mildern zu helfen. Bundesleitung und Hauptvorstand werden auch weiter die Sache im Auge behalten und alles tun, um unseren bedrängten Kollegen zu helfen.

Wichtig der Glasindustriellen des bayerischen Bezirks wird es aber auch sein, sich etwas mehr um die sanitären Verhältnisse in den Wohnungen ihrer zu kümmern, die mit ihrer Hände Arbeit die Wohnungen für die Industrie heranzubereiten müssen.

Bei Verhandlungen, die mit dem Schuhverband Deutscher Glasfabriken geführt werden müssen, klug immer wieder aus dem Munde der Industriellen heraus, welchen großen Anteil sie an dem Wohlergehen der Glasarbeiterklasse nehmen. Die Industrieverbände in Nieblütte und Spiegelau haben bewiesen, daß sie sich um die Wohnungsverhältnisse noch nicht gekümmert haben. Im anderen Falle wäre es unmöglich gewesen, daß diese Vorgänge sich ereignen konnten.

Sowjetstaates nicht zuwiderlaufen“, ist doch eher alles andere als Klassenkämpferisch. Aber unsere kommunistischen Gewerkschaftskollegen sind bolschewistischer als die Bolschewiki.

Der Kampf der Opposition gegen das Schlichtungsgesetz, den sie in der guten Gesellschaft der meisten Unternehmer führen, ist sicher zu einem Teil berechtigt. Das auch in diesen Einrichtungen nicht alles „in better Butter“ ist, weiß niemand besser als die Gewerkschaften, die täglich mit den Instanzen der staatlichen Schlichtungsbehörden zu tun haben. Aber es geht doch nicht an, nun gleich das gesamte Schlichtungswesen in Wauß und Wogen zu verdammen. Wir leben in einer Zeit, die schnell vergeht, sonst müßten wir doch wissen, daß es gegenüber den Vorkriegsverhältnissen ein ganz gewaltiger Fortschritt ist, daß wir jetzt staatliche Instanzen haben, die vermittelnd und schlichtend in die Lohnstreitigkeiten, meist doch zugunsten der Arbeitnehmer, eingreifen. Im Schlichtungswesen steckt zweifellos ein Stück Sozialismus. Hoffentlich bringen die vom Reichsarbeitsminister Willert anberaumten Beratungen über das Schlichtungswesen einen weiteren Ausbau dieser Einrichtungen zu unserem Besten.

Am heftigsten auseinandergeraten werden die Meinungen wohl bei den Beratungen über den dritten Punkt der Tagesordnung: Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Der Berichtsteller zu diesem Punkte ist der Genosse Fritz Hauptstadt-Berlin. Selbstverständlich liegen auch hierzu eine Reihe von Anträgen vor. Die oppositionelle Richtung stellt natürlich fest, daß alle wirtschaftsdemokratische Propaganda ausschließlich den Interessen der Bourgeoisie diene und daß für seine Tätigkeit in dieser Frage dem Bundesvorstand das schärfste Mißtrauen ausgesprochen werden muß. Gewiß läßt sich über die beiden Wege streiten, auf denen die beiden Richtungen der Arbeiterbewegung zum gleichen Ziele, zum Sozialismus, gelangen wollen. Und wer für die Revolution ist, dem muß die Zwischenstufe der Wirtschaftsdemokratie natürlich als eine höchst überflüssige Verzögerung erscheinen. Wir glauben aber nicht, daß die Revolution, also der gewalttätige plötzliche Umsturz, uns schneller zu dem ersehnten Ziele bringen wird, als die Evolution, die langsamere Schwelger der Revolution. Vielleicht hätte man diesen Punkt der Tagesordnung nichtlicher „Die Demokratisierung der Wirtschaft“ genannt, um damit anzudeuten, daß die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie kein Endziel ist, kein Dauerzustand sein kann, sondern, wie schon gesagt, nur eine Zwischenstufe zum Sozialismus, also eine Entwicklung, die dauernd im Flusse sein muß und sich den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen und was noch wichtiger und entscheidender ist, den jeweiligen Kräfteverhältnissen der Arbeitnehmerorganisationen anpassen muß. Die Forderungen, die an diese Entwicklung geknüpft werden, die Aufgabe, die die Demokratisierung der Wirtschaft zu lösen hat, wird in einem Satze klar ausgedrückt, der im Antrage des Bundesvorstandes zum Punkt 3 der Tagesordnung lautet: „Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schritt-

weise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbeiz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.“ Und aus vollem Herzen wird man den folgenden Sätzen zustimmen können:

Dieser Kampf für eine neue Wirtschaftsordnung wird um so erfolgreicher geführt werden können, je geschlossener die Arbeiterklasse zusammenhält, je enger sie sich für die Erringung ihrer Ziele einsetzt. Den Rahmen für diesen Freiheitskampf bilden die Verbände, unter deren Banner die Arbeiterklasse schon bisher von Erfolg zu Erfolg geschritten ist, bilden die von der Arbeiterklasse für die Arbeiterklasse geschaffenen Gewerkschaften.

Diese Sätze sollten sich die Presse recht aufmerksam durchlesen, die in der Spaltung und Zerstörung der Gewerkschaften weder Maß noch Ziel kennen.

Wie wichtig der vierte Punkt der Tagesordnung ist, der die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften behandelt, ist gerade in den letzten Wochen durch die Grundsteinlegung der 1. Bundeschule in Vornau bezeugt worden. Die Arbeiterbewegung ist nun einmal eine gewaltige Kulturbewegung. Der Wunsch, an den gesamten materiellen und geistlich-sittlichen Gütern unserer Kultur einen lebhafteren Anteil zu nehmen, ist eine Folge der gewerkschaftlichen Arbeit, die in der Erringung ihrer elementarsten Forderungen, hohe Löhne und kurze Arbeitszeit, die Vorbereitungen für eine Steigerung des Kulturniveaus überhaupt sehen. Die Erkenntnis, daß zur Erreichung dieser Ziele eine gute Allgemein- und Berufsbildung für den Arbeiter unumgänglich ist, hat zur Folge, daß außer dem Interesse, das die Gewerkschaften dem Volksschul- und Berufsschulwesen des Staates widmen, sie auch auf ein eigenes Schulwesen nicht verzichten können und nicht verzichten wollen. Es ist aber auch Selbstinteresse, denn mehr als je bedarf die Gewerkschaftsbewegung heute gründlich geheimer Funktionäre. Daher ist die Unterstützung der bereits vorhandenen Bildungsanstalten, der staatlichen Nachschulen für Wissenschaft und Verwaltung in Düsseldorf und Berlin, sowie der Akademie der Arbeit, ein Pflicht an der eigenen Organisation. „Die Organisation schafft Macht, aber Wissen vervielfacht und lenkt sie.“

Der Punkt 5 der Tagesordnung beschäftigt sich mit der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung. Die Verwaltungsreform hat gerade in den Zweigen der Sozialversicherung eine Reihe von Aufgaben zu lösen, deren Erledigung eine dringende Notwendigkeit ist. Die Sätze der Reichsversammlung, die den Versicherten einen maßgebenden Einfluß im Aufbau der Versicherungsträger versprechen, müssen endlich in die Tat umgesetzt werden. Bei allen Reformen auf diesem Gebiete müssen die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer in weitestem Maße zur Mitwirkung herangezogen werden, denn sie vertreten den aktivsten, fortschrittlichsten Teil der deutschen Arbeiterklasse.

Die Tage in Hamburg werden für die Delegierten keine Tage des Vergnügens sein. Es wird eine Aufnahme von Arbeit geleistet werden müssen. Gerade in einer Zeit, in der die Vertreter der Arbeiterbewegung mit in der Regierung sitzen, muß ein aktiveres, energischeres Mitwirken der Gewerkschaften in allen Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens erfolgen. Es darf nicht bei dem einzelnen Kollegen drängen im Lande die Meinung aufkommen, daß die Gewerkschaften trotz des günstigen Wahlausfalls vom 20. Mai nicht an Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte gewonnen haben. Die freien Gewerkschaften stellen die größte und blühendste Kraft der gesamten Arbeiterbewegung dar. Sie haben ein Recht darauf, dementsprechend gewürdigt zu werden. Wir wollen hoffen, daß der 13. Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands uns auch in dieser Beziehung vorwärts bringt. Alles in allem aber wünschen wir eine gründliche Durchdringung der wichtigen Fragen, die durch die Beratungen aufgeworfen werden. Wir wissen, daß alle Delegierten sich des Ernstes ihrer Aufgaben bewußt sein werden. Kommt zu diesem Eifer für die praktische Arbeit noch die Begeisterung für die alten Ideale, wie für die großen Ziele, die uns die neue Zeit gestellt hat, dann werden auch die Hamburger Tage ein voller Erfolg für die deutsche Arbeiterbewegung sein. In diesem Sinne: Glück auf!

Der Tag der freigewerkschaftlichen Jugend.

Am 1. und 2. September wird sich die organisierte Jugend der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung in Hamburg zu einer Reichstagung treffen. Es ist nicht ganz ohne Bedeutung, daß vor dem Kongreß der „Alten“ sich die jüngere Generation zusammenschließt, um über ihre gemeinsame Arbeit zu beraten und für ihren geistigen Willen und ihre Begeisterung für die Ideale und den Kampf der Gewerkschaftsbewegung ein eindrucksvolles Zeugnis abzulegen.

Die beiden Generationen der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung sind so aufeinander angewiesen und schicksalhaft so miteinander verbunden, daß eine ohne die andere nicht denkbar ist. Das ist nicht immer erkannt und nicht immer ausgesprochen worden. Man führt wohl oft das vielgebrauchte Wort im Munde von der Jugend, die die Zukunft hat. Aber ist denn dieses Wort immer ernst gemeint gewesen? Und wenn, ist dann immer auch der Jugend die Gleichberechtigung eingeräumt worden, die ihr gebührt, wenn sie doch die Zukunft hat und die Zukunft nach unseren, nach ihren Idealen schaffen soll. Die Jugend von heute will es nicht nur immer wieder hören, daß sie die Zukunft ist. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Darum sollen wir für die Jugend auch Verständnis haben, wenn sie uns einmal nicht bittend, sondern mit Forderungen naht. Und das gilt in ganz besonderer Weise für die Forderungen der proletarischen Jugend. Es ist ganz verkehrt, die proletarische Jugend nur immer als Kraftreserve für die Gewerkschaften anzusehen, auf die „vielleicht“ einmal zurückgegriffen werden kann. Das Mit- und Miteinanderwirken muß jetzt schon beginnen. Jetzt schon müssen wir die jungen Proletarier in unsere tägliche Klassenkämpferische Arbeit einreihen. Wir haben ja kein fertiges Werk, das wir der freigewerkschaftlichen Jugend als Erbe übergeben könnten. Die gewerkschaftlichen Ideen und Aufgaben sind noch zum größten Teile zu verwirklichen und zu lösen, und darum wird die Jugendfrage immer bedeutsamer für die Gewerkschaften werden.

Das Wort von der Jugend, die die Zukunft hat, birgt Verwirrungen sowohl für die Alten wie für die Jungen. Wenn irgendwo, so trifft hier das Wort von der richtigen Mischung zu, die erst den rechten Weg gibt. Der Eifer der Jugend, ihr leidenschaftliches Vorwärtstreiben soll sich mit der ruhigen, überlegten Erfahrung des Alters und seinem in Jahrzehnten erworbenen praktischen Wissen vereinen, soll sich jetzt schon zu praktischer Arbeit mit der Reife des alten Gewerkschafters verbinden. Wir müssen stets eingedenk sein, daß Alt und Jung immer zwei verschiedene Generationen sind, daß da Meinungsverschiedenheiten nicht immer ganz zu vermeiden sind. Aber diese natürlichen Gegensätze müssen überwunden werden, wir müssen jetzt schon zu einem gemeinsamen Arbeiten kommen, sonst werden wir in einigen Jahren, vielleicht erst in einem oder zwei Jahrzehnten, in einer Krise stehen, die sicher nicht ohne verhängnisvolle Folgen auf die weitere Entwicklung der Arbeiterklasse sein wird.

Am 1. und 2. September die Jungen, am 3. und an den folgenden Tagen die Alten, das wird eine glänzende Speerspitze über die gesammelte Kraft der deutschen freien Gewerkschaften werden. Das Vorbild des alten Klassenkämpfers wird nicht ohne gute Wirkung auf die jugendlichen Stürmer bleiben. Möge der Verlauf des freigewerkschaftlichen Jugendtreffens als Auftakt des 13. Kongresses der freien Gewerkschaften Deutschlands den Beweis erbringen, daß die proletarische Jugendbewegung die Hoffnungen erfüllen wird, die wir auf sie setzen.

Die Gewerkschaften und die Politik der bürgerlichen Parteien.

Eine Ansprache auf breiterer Grundlage hat sich auch an dem Fall Lambach geknüpft. Bekanntlich ist der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lambach, der nebenbei oder hauptsächlich Vorsitzender des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist, aus der deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen worden. Der Ausschluß erfolgte, weil dieser Sünder sich gegen die Wiedereinführung der Monarchie ausgesprochen haben soll. Doch der ursprüngliche Streitgegenstand ist längst in den Hintergrund getreten. Dafür tritt in immer klareren Umrissen das Problem Gewerkschaften und Parteipolitik in den Vordergrund. Es ist sehr lehrreich, zu beobachten, wie die Klaffengegenstände hier aufeinanderprallen und wie ein Riß mitten durch alle bürgerlichen Parteien hindurchgeht. Ein mißratener Partikularismus kann vielleicht für eine Zeit als Klammer einer Partei dienen, doch je mehr die Republik in ein ruhiges und gesichertes Fahrwasser übergeht und der Kapitalismus sich stabilisiert, je mehr bringt das soziale Motiv in den Vordergrund. Die Meinungen über das Thema Gewerkschaften und Partei gingen hin und her. Auch wo dies nicht klar und deutlich bei den Auseinandersetzungen in Erscheinung trat, ist die große Kluft zwischen Kapital und Arbeit das Entscheidende gewesen.

Wenn dies nicht klar einleuchtet, sollte, dem ist das Studium der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, zu empfehlen. In der Nummer vom 3. August nimmt dieses gewerkschaftsfeindlichste aller Organe zum Fall Lambach Stellung. Der Artikel beginnt mit folgendem Satz: „Die Gewerkschaften wirken nachgerade als Sprengpulver in jeder Partei.“ Die Sprengwirkung sieht die „D. B. Z.“ darin, daß die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Anhänger in der bürgerlichen Partei den Versuch machen, die gewerkschaftlichen Belange wahrzunehmen. Dann heißt es wörtlich: „Die Unhängerschaft Lambachs und die Presse der verschiedenen Parteien hat den Streit um die Monarchie gewaltsam in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt, während in Wirklichkeit zur Debatte steht, ob den Gewerkschaften innerhalb der Parteien ein noch größerer Einfluß im Sinne ihrer wirtschaftlichen Bestrebungen eingeräumt werden kann und darf.“

Das ist des Hübels Kern! Die Gewerkschaftsrichtungen, die glauben, ihre Interessen bei den bürgerlichen Parteien am besten wahrgenommen zu sehen, müssen, wenn sie nicht lediglich gelbe Streifbretterorganisationen sind, über kurz oder lang mit der Parteibürokratie in Widerspruch geraten. Die bürgerlichen Parteien sind in verschiedenen Farben siffernde Interessenvertretungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Eine Eigenschaft, die allen, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, eigen ist, handelt es sich bei den Gewerkschaften um solche, die es einigermaßen ernst mit ihrer gewerkschaftlichen Pflicht meinen, dann können sie eine solche Interessensharmonie mit den Vertretern des kapitalistischen Unternehmertums nur für eine gewisse Reiterperiode mitmachen. Sie müssen also in diesen und jenen Fragen den Anschauungen der maßgebenden Parteikreise schroff gegenüberstehen. Gehen sie jeder ersten Gewerkschaftspolitik aus dem Wege, so laufen sie Gefahr, daß ihnen die Mitglieder in Scharen davonlaufen. Ganz richtig umschrieb die „Gewerkschaftszeitung“ beim Fall Lambach das Wesen der Gewerkschaften mit folgenden Sätzen: „Echte Gewerkschaften sind gesellschaftliche Bildungen eigenen Wachstums; sie folgen ihren besonderen, zeitlichen und tatsächlichen Gegebenheiten, die ihre unmittelbare Aufgabe, die soziale Lage der Arbeitnehmer anknüpfende, nur mit sozialen Tatbeständen rechnende Zielsetzung ihnen zwingend vorschreibt. Sie können auf die Dauer gewerkschaftlicher Mittel nicht verzichten, und deren Anwendung erzeugt und schult gewerkschaftliches Denken und solidarische Gesinnung in den Reihen der Mitglieder. Eine Partei, die, je länger je mehr in Widerspruch gerät mit der Politik einer Partei der politischen Rechten, vom Schlage der Deutschnationalen.“

Wir weisen bereits darauf hin, daß dieser eigentümliche Widerspruch zwischen parteipolitischen Handlungen und gewerkschaftlicher Taktik in allen bürgerlichen Parteien lebendig ist. In der Zentrumspartei z. B. wagt seit Jahren ein ununterbrochener Kampf zwischen dem gewerkschaftlichen Flügel und der offiziellen Parteibürokratie bzw. des dahinter stehenden mächtigen Unternehmertums. Wäre der Riß, den die kapitalistische Weltanschauung herstellt, nicht so außerordentlich fest, so würde die Zentrumspartei längst auseinandergebrochen sein. Zu der Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften, dem sog. Deutschen Gewerkschaftsbund, gehört auch der deutschnationale Handlungsgehilfenverband und Organisationen ähnlicher Art. Eine Ausnahme machen die Christlich-Deutschen (Gewerkschaftsring), die hauptsächlich in der demokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen.

Der heftige Wellenschlag, den der Fall Lambach auslöst, kennzeichnet das Symptom der modernen Gesellschaftsschichtung. Die neuere kapitalistische Entwicklung zeigt mit außerordentlicher Klarheit, daß es auf die Dauer eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht geben kann. Der Kapitalismus von heute wächst sich immer mehr zum ver-

hältnismäßig gebundenen Großkapitalismus aus. Die wirtschaftlichen werden in der Wirtschaft immer mehr zerrieben. Was richtunggebend und grundlegend bleibt, ist die mit allen Verordnungen der Technik ausgerüstete Groß- und Mittelindustrie. Demgegenüber steht ein unabhäufbares Meer von Lohn- und Gehaltsempfängern, die sich, wollen sie nicht ebenfalls zu Atomen zerrieben werden, organisatorisch zusammenschließen müssen. Die noch weit verbreitete bürgerliche Klassenideologie verhindert, daß dieser mächtige Block von Arbeitern und Angehörigen sich in den freien Gewerkschaften zusammenfindet. Wohl bilden letztere den Kristallisationspunkt, dennoch ist die Entwicklung noch nicht soweit gediehen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung alle Hand- und Kopfarbeiter organisatorisch umfaßt.

Se selbstbewußter und selbständiger die Gewerkschaftsbewegung wird, je mehr gerät sie mit den alten Parteipositionen in Widerspruch. Das Wachstum der industriellen Wirtschaft hat auch deren Träger stärkere politische Macht verliehen. Vor allem haben sie sich der Parteimajorität bemächtigt. Noch gelangt es, den proletarischen Unhängerkreis durch nationalpolitische Phrasen zu betören. Das hält aber nur für eine gewisse Zeit vor. Ueber kurz oder lang bricht sich das Massenbewußtsein selbst bei den bürgerlich organisierten Gewerkschaftern mit elementarer Wucht Bahn. Dann helfen nicht Wortgeplänke oder abgelebte Redefrüchte — auch kein Mundspitzen, sondern es muß gekämpft werden. Ein Reinigungsprozeß geht durch die bürgerlichen Schichten der Arbeiterwelt. Darüber mögen die Reaktionsäre jammern — es hilft alles nichts; die lachenden Erben werden die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei sein. Diese Entwicklungslinie klar am Ausdruck gebracht zu haben, ist das Gute des Falles Lambach.

Keine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes?

In einem der letzten Wochenberichte nimmt das Institut für Konjunkturforschung zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes Stellung. Es wird festgestellt, daß im Juli 1928 die Zahl der Arbeitslosen zum ersten Male größer sei als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In den sieben Monaten dieses Jahres hat sich die Arbeitslosenziffer um 721 000 auf 557 000 verringert. In der gleichen Zeit des Vorjahres war ein Rückgang um 841 000 auf 524 000 zu verzeichnen. Bei der gleichen Aufnahmefähigkeit der Saisonberufe wie im Vorjahre, ist noch bis Ende September mit einem Rückgang der Arbeitslosenziffer um 140 000 zu rechnen. Dies tritt jedoch nur dann ein, wenn nimmt. Bei gleicher Entwicklung wie in den Vorjahren wäre der Konjunkturrückgang nicht schärfere Formen als bisher angenommen. Von Jahresende mit einem Zuwachs der Arbeitslosenziffer bis 800 000 bis 850 000 zu rechnen. Besonders stark hat der Konjunkturrückgang auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte gewirkt.

Der Wirkungsbereich des Schlichtungswesens.

Das Schlichtungswesen ist noch immer Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. Ueber den Wert dieser staatlichen Schiedsgerichtsbarkeit sind die Meinungen sehr geteilt. In der „Industrie- und Handelszeitung“ Nr. 184 finden wir eine Zusammenstellung, die außerordentlich lehrreiche Einblicke in den Wirkungsbereich des Schlichtungswesens gewährt:

„Uns liegt eine Zusammenstellung von kompetenter Stelle vor, die einen berartigen Ueberblick recht gut vermittelt. Erfaßt worden sind 402 Lohnarbeitsverträge mit über 5 1/2 Millionen Arbeitern nach dem Stande vom 24. Juli 1928. Von diesen Verträgen sind 46 = 11,4 v. H. durch verbindlich erklärten Schiedsspruch zustande gekommen, 64 = 15,9 v. H. durch Vergleich vor dem Schlichter nach vorausgegangenem Schiedsspruch, 147 = 36,6 v. H. durch beiderseitig angenommenen Schiedsspruch, 184 = 45,9 v. H. durch freie Vereinbarung; in 11 Fällen (2,8 v. H.) herrschte am 24. Juli ein tariflicher Zustand.“

Die Verbindlichkeitsklärung wurde also in verhältnismäßig wenigen Fällen ausgesprochen. Zu je einem Drittel konnten dagegen die Tarife durch beiderseitige Annahme bzw. durch freie Vereinbarung zustande kommen. Interessant ist aber, wenn man für obige Zusammenstellung die Zahl der Arbeiter zur Unterlage einer Betrachtung macht. Danach fielen 1,88 Millionen Arbeiter = 33,9 v. H. unter die verbindlich erklärten Tarife; 1 Million Arbeiter = 18,1 v. H. unter die durch Vergleich vor dem Schlichter zustande gekommenen Tarife; 2,60 Millionen Arbeiter = 47,1 v. H. entfielen auf Tarife, die durch freie Vereinbarung oder beiderseitige Annahme zustande kamen. Die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen wird also hauptsächlich für den Wirkungsbereich der Großindustrie ausgesprochen. Diese Tatsache ist zweifellos sehr interessant. Die Organisationsverhältnisse sind in der Großindustrie in der Regel am schlechtesten und die Hartnäckigkeit der Unternehmer am größten. Deshalb hier auch die am meisten in Anwendung kommende Verbindlichkeitsklärung.

Abbruch der Heimat.

Von Walter G. Schilowski.

In, in der Holzgasse 5 bin ich als siebentes Kind eines allzählreichen, aber ehrbaren Handwebers geboren. Da der liebe Gott bei meinem unerwünschten Eintritt in das Licht des Lebens nicht aufjagend sein konnte, bin ich als Widling ausgewaschen, und es ging ganz gut so. Was die oft empfohlene Lebensvorsorge betrifft, und die damit zusammenhängende materielle Unterlage betrifft, bin ich nicht über die erkömmliche Wohnstättenwirtschaft meiner Erzeuger hinausgekommen. Mit einem Fuß stand ich schon immer auf verdorrter Erde, und der andere trat im Ungewissen. Und ehrbar? Es ist zum Lachen. Die Antwort hätte ich in Anbetracht der vielen Reute, die mich kennen, und im Laufe der Zeit meine moralische Qualifikation sehr in Zweifel gezogen. In der Holzgasse immerhin eine anständige Straße in unserer Stadt, allerdings, was zu bemerken ist, etwas krumm im Hüderat und hohlwängig auch sonstwo, aber was man hier ist und bleibt schon über alle Maßen. Die Häuser sind graue Steinbauten, kaum mehr als fünf Meter in der Breite, von der Dämmerung belebt, scheinen sie, als schachtelte sich das eine in das andere, als wollten sie ineinander kriechen. Es hat etwas Widriges an das Material herum, rötlich und grau grau behautet, wie bei einer herantretenden Krankheit liegt es auf den Steinen, und man sieht, wie die Luft über der Straße, wenn etwas Strauchwerk dazurechnet, werden diese Landschaft um ein wenig freundlicher.

Als die ersten Jahre meiner Kindheit kann ich mich schwer erinnern. Ich teile wohl dieses Unvermögen mit der größten Anzahl meiner Mitmenschen. Erst fünfjährig entdeckte ich, ein es Alter und Lebenserfahrung fröhlicher Dreißigjähriger, mit einem mir angeborenen Erlebniswunsch, die Geheimnisse anderer Leute. Erst halbwegs war die Kellerlöcher, die Hauslöcher und fremde Treppenaufgänge seltsame Verstecke der Jugend, wenn der Hausherr das Haus hinter sich ließ. Erst später kamen die Leiden der Hasen an die Reihe, der Kohlenmann, der Schornsteinfeger, die Gemütskranke, man sprach sich erst gegenseitig, es war keine, die über fünfzig Zentimeter in die Höhe ragten, auch trennen konnte, dann schloß man Freundschaft mit Gleichaltrigen, die oft nicht länger über die mit viel kindlichem Temperament begabten, ohne Gediegen jah abgebrochenen Kurvel-

spiele hinauszuhälte, oder sonstwie in die Brüche gingen. Später pflegten wir mit hochmütiger Zurückhaltung einige Beziehungen zu den Mädchen, diesen Heulgehörn und Gummipuppen, die, wenn sie einem Spaß machten, bestenfalls als Indianersquaws und Prinzessinnen zu gebrauchen waren und dabei übel angeordnet wurden.

Nachdem man sich so einen nicht zu verachtenden Habitus an Lebensweisheit angeeignet hatte, war man mit etwa sechs Jahren ein fertiges, gemacht, und, was der Horn aller Mütter zu entschuldigen möge, ein wenig brediges und zerklümpeltes Männlein.

Es ist etwas Schlimmes, sich an diese kleinen Eroberungen seiner vorläufigen Erlebniswelt erinnern zu können, haben sie eine gewisse Bedeutung, und tragen wir doch schon alle den großen Menschen in Wachs und in miniatur in uns, der heute in mehr oder weniger glücklicher Form dar-

„Man sollte eine im wahrsten Sinne des Wortes zu Stein gewordene, aber darum nicht weniger lebendige Erinnerung an die Tasse meiner Kindheit verloren geben. Ich wohne heute noch in der Holzgasse 5, sondern am Ende der Straße, die in die Schrebergärten mündet.“

Eines trüben Morgens kam eine Person Arbeiter in die Holzgasse marschieren, alles trügliche Jüngens, vom Schweiß über die Stirn, mit Wägen kamen sie heran, vollgepackt mit Werkzeugen, Spaten, Haden, Balken, Schindeln. Sie rissen Glöden Schlag sieben Uhr das Pflaster auf, und trabelten sich von Tag zu Tag immer tiefer in die Erde. Nach einer Woche war unsere Straße in einem Granattrichter verändert. Da wurde herumgeschleppt, geschaukelt, Träger gerammt, Balken gelegt und, ja, ich wollte fast aufschreien — da kam auf einmal am vorigen Donnerstag das Haus Nr. 5 heran. Wir sahen das Blut in den Adern gerinnen zu wollen, und aus meinem Herzen bemühte sich qualvoll eine Protestaktion hervorbrechen. Erst bedachte die Jüngens das Dach ab, und dann kamen die Stützwerke an die Reihe. Die Haden liefen wie wild darauf los. Schon lag aufgeschüttelt, ein Totenkopf, die obere Hälfte des Hauses gegen die Sonne. Und Stunde um Stunde wurde Meter um Meter, von oben nach unten, Stein um Stein tiefer gehobelt.

Wahre das sein? Frage und Antwort sind ein Privatgespräch, aber das der Magistrat unserer Stadt, könnte er es hören, sich vor Lachen den Bauch halten würde. Man ist dumm

und klein in der Erschütterung, die das Herz preßt und jede Vernunft, der wir sonst zugehen sind, wird eine lächerliche Waise. Gott, es war nicht der Tod, der mich anrührte, nein doch, es war nur das Haus meiner Kindheit, der Ort so vieler heimlicher, schamvoller Wünsche und Begierden, eine bredige Wohnkammer, die neuem Leben den Weg frei machen sollte; aber jeder Stein atmete Heimat, die schon am nächsten Drahtraum ihre Grenze zog, und jede Tür war Zeugnis der vielen knallhaften Erlebnisse.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in der vorigen Woche schlief ich unruhig und wurde von bösen Träumen hin und her geworfen. Galenartige Gestirte stetzten in meinem Zimmer umher, knatterten mir in die Ohren und gruben sich in meinem Fleisch ein, und dann sah ich mich unter den gläsernen Trümmern meines Geburtshauses begraben. Da wachte ich auf und schlich bange Herzen, verwirrt noch von der Qual der wunden Nacht, in den vorherigen Teil der Holzgasse. Hier lag Nr. 5, ein Skelett, und ein ungeheurer Schmerz durchriss mich und sah dann in der Ferne, und ich konnte ihn nicht ansprechen.

Der dicke Gustav Rumpke, der in der benachbarten Maxstraße einen Baumaterialienhandel mit circa 1000 RM wöchentlichem Nebenverdienst betreibt, und den ich die Jahre hindurch nicht gut riechen gelernt habe, brachte den Abriß übernommen. Wie mit Messern grub sich das aufgeschüttelte Schilb seines fettglänzenden Namens in meine Seele.

Aus den Steinen würden sie vielleicht neue Steine brennen oder ein neues Haus bauen. Durch die Tür, durch die ich mich abends oft fortstieß, um das trodelnde Feuer meines aufbrechenden Jünglingsums zu kühlen, wird ein Fremder gehen. So blüht wahrlich neues Leben aus den Ruinen, und die sterblichen Reste meiner engeren Heimat sind wahrlich wieder zukünftigem Schicksal zugewandt.

So stand ich in stummem Gedanken Freitag nacht, und schüttelte die Erinnerungen ab, die mich aufressen wollten. Ich bin kein Mann für ewige Trauer; Numm trägt man das, was zur Treue verpflichtet.

Einen Stein brach ich; das wird mich hinüber-tien. Ich in die Luft geschien, es geht wieder vorwärts. Nur dem Gott und Morgen gehören wir.

Da stand der Hausstumpf, angegriffen von der Gade der Zeit, ja, und es schien, als tröste noch einmal eine stillerhaltene, seltsame Musik meiner Kindheit aus seinen gerostenen Augen.

Weltwirtschaft und Arbeiterklasse.

Wirtschaftsprobleme auf dem Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms für die Sozialistische Internationale ist richtige Vorstellungen über die Lage voraus, in der sich die nationalen Wirtschaften, wie die Weltwirtschaft, gegenwärtig befinden. Das ist in unserer widerspruchsvollen und von so vielen Gegensätzlichkeiten erfüllten Zeit keine leichte Aufgabe. Doch sind die Sozialisten für diese Aufgabe gut gerüstet. Steht uns doch die marxistische Methode der Wirtschaftsanalyse zur Verfügung, die uns ermöglicht, die jeweilige Struktur der Wirtschaft und deren Veränderungen zu durchleuchten. Bei dieser Untersuchung leitet uns einmal der Wunsch nach Verwirklichung des Sozialismus und der Glaube an dessen Möglichkeit. Andererseits aber wollen wir nicht den Weg von der Wissenschaft zur Utopie zurückgehen, sondern müssen die Umwelt, die wir umgeben wollen, in ihrer Realität sehen, um uns an ihr in bezug auf unsere Aktionsmöglichkeiten zu orientieren.

Es sind sowohl Probleme der Nationalwirtschaften wie der Weltwirtschaft, vor die sich das internationale Proletariat stellt. Beide haben grundlegende Veränderungen erfahren. Was die nationalen Wirtschaften anbelangt, so springt zunächst die Zunahme der Bedeutung der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft ins Auge. Die Hochschuttpolitik, die gesteigerte Bedeutung der Steuerpolitik, die Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch Arbeitslosenunterstützung und andere Maßnahmen, insbesondere auch durch Regelung der Ein- und Auswanderung, der Auslastung der Sozialpolitik, die Subventionierung von einzelnen Wirtschaftszweigen, die weitgehende Eingriffe in die Kreditpolitik, wie auch die eigene Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand zeugen von der veränderten Rolle des Staates in der Wirtschaft. Neben den staatlichen Eingriffen wirken aber in der gegenwärtigen hochkapitalistischen Wirtschaft mächtige Tendenzen zur Organisierung der kapitalistischen Produktion. Das Vordringen der Monopole, der Kartelle und der Trusts — die ihr Entstehen zum großen Teil gerade den erwähnten staatlichen Eingriffen, wie insbesondere den Schutzzöllen zu verdanken haben — hat eine neue Periode der kapitalistischen Wirtschaft, den organisierten Kapitalismus hervorgebracht. Bei der Beobachtung dieser Entwicklung muß zunächst festgestellt werden, daß heute die vom Staat so weitgehend beeinflusste Nationalwirtschaft, das Wirtschaftsgebiet bzw. die Staatsgrenzen eine noch größere Bedeutung haben, als vor dem Krieg. Diese Entwicklung der Nationalwirtschaft ist aber trotz der Staatseingriffe eine kapitalistische geblieben, ja, konnte der Kapitalismus seine Positionen ausbauen und verstärken. Der organisierte Kapitalismus hat jedoch bisher ebenso verfaßt wie der Kapitalismus der freien Konkurrenz. Wie auf der Brüsseler Konferenz vom amerikanischen Delegierten Dilliquith hervorgehoben wurde, hat der organisierte Kapitalismus mehr als je bewiesen, daß er völlig unabhängig ist, die Wirtschaft im Interesse der Arbeiterklasse und des Volksganzen zu verwalten. „Der Kapitalistenklasse fehlt, so schrieb kürzlich Karl Kautsky — dank überhöhter Vorurteile das Verständnis für den Wirtschaftszustand, es fehlt ihr die Energie, es fehlt ihr auch die Unabhängigkeit.“ Dieser letztere Punkt, der Mangel an Unabhängigkeit, hängt mit der wachsenden Verdrängung der europäischen Länder an die Vereinigten Staaten zusammen, eine Tatsache, deren verhängnisvolle Wirkungen auf dem Brüsseler Kongress ebenfalls von Dilliquith mit großer Schärfe hervorgehoben wurden. Es müssen große, und zwar, wie Kautsky richtig betont, außerwirtschaftliche Kräfte mobilisiert werden, um der Verdrängung an das amerikanische Kapital, das seinen Einfluß auf die europäischen Länder zwangsläufig durchzusetzen muß, zu entgehen. Nur eine energische von den Arbeitern beeinflusste Staatswirtschaft ist imstande, durch richtige Organisierung der Produktion, insbesondere des Kreditwesens, auch hier Abhilfe zu schaffen. Die Kapitalisten selbst sind nicht fähig dazu. Wie Kautsky schreibt: „Die kapitalistische Bourgeoisie ist der Sachwalter der Auslandsinteressen im Lande, sie gerade bringt die Kraft nicht auf, die Auslandsinteressen zu verteidigen, sie gerade ist gegen den staatswirtschaftlichen Eingriff, ohne den die Völker Europas nicht aufsteigen können.“ Es handelt sich hier nicht um das verhängnisvolle der Monopolwirtschaft geschilbert zu werden, die zwar an sich geeignet wäre, durch die Vorteile der Massenproduktion die Produktivkräfte zu steigern, die aber durch das Gewinnstreben des Großkapitals aber vielfach zur Verkrüppelung der Produktivkräfte und Verringerung des nationalen Wohlstandes führt. Nur auf die stets wachsende Rolle des Finanzkapitals, an die auf dem Brüsseler Kongress der englische Nationalökonom Braillsford nachdrücklich erinnert hat, soll in diesem Zusammenhang hingewiesen werden.

Wodurch wird nun die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft gekennzeichnet? Nicht nur die Bedeutung der Nationalwirtschaft, auch die der Weltwirtschaft ist seit dem Krieg geiegen. Die Nationalwirtschaften sind mehr als je aneinander angehängen. Abhängigkeit und Kapitalknappheit zeugen für die Wichtigkeit der internationalen Waren- wie Kapitalausfuhr. So zeigt sich der Widerstand: Abhängigkeitsverhältnisse der Nationalwirtschaften bei deren stets wachsender gegenseitiger Abhängigkeit. Wenn nun von den europäischen Nationalwirtschaften festgestellt wurde, daß in ihnen die Organisierung der Produktion kapitalistisch geblieben ist, so gilt dies für die Weltwirtschaft in einem noch größeren Umfange. Die kapitalistische Durchdringung der Welt geht in den neu erschlossenen Gebieten, vor allem in den Kontinenten, vielfach mit Hilfe der rein kapitalistischen Vereinigten Staaten erst jetzt vor sich. Hier tritt ein Widerspruch zutage, der den sozialistischen Weltkämpfern noch große Schwierigkeiten bereiten wird. Gelingt es der Arbeiterklasse, in den fortgeschrittenen europäischen Ländern die politische Macht an sich zu reichen und dadurch den organisierten Kapitalismus der Nationalwirtschaft in andere Formen zu überführen, ihn allmählich in eine gemeinwirtschaftliche Organisation umzuwandeln, so werden diesen umgebildeten Nationalwirtschaften in Amerika und in den anderen Ländern Wirtschaftszweige gegenüberstehen, die sich entweder auf der Stufe des Hochkapitalismus befinden, oder aber noch nicht einmal dort angelangt sind. Es besteht jetzt schon und werden noch mehr in der Zukunft gegenläufige Wirtschaftssysteme nebeneinander bestehen, was einer sozialistischen Weltwirtschaftspolitik ernste Schwierigkeiten bereiten wird. Eine weitere Erwähnung liegt in der veränderten Rangordnung der Produktionen der verschiedenen Länder. Die Industrialisierung der überseeischen Länder wird den Weg vieler europäischer Industrienprodukte überflüssig machen während Europa auf die Rohstoffzufuhr weiter angewiesen sein wird. Eine Umstellung der europäischen Produktion auf die veränderten Verhältnisse der Weltwirtschaft wird vielleicht unvermeidlich werden. In diesem Problem münden zwei weitere: das Problem der Nationalisierung, die nötig ist, um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhalten, die aber zu einem unumgänglichen Wettrennen mit großen Schäden für die Nationalwirtschaften und für die Arbeiter, wie auch zu einer wachsenden Verdrängung führen kann, und als zweite Frage: die Entwicklung der Wirtschaft der überseeischen Bevölkerung, die für die Unabhängigkeit der alten Industrieländer von entscheidender Bedeutung sein wird. Von der Lohnentwicklung wie vom Sozialismus in den weniger entwickelten Ländern wird das Schicksal der alten Industrieländer in hohem Maße abhängen.

Das hier in groben Zügen entworfen Bild über die gegenwärtige Lage der Nationalwirtschaften wie der Weltwirtschaft schwebt dem Kongress der Sozialistischen Internationale vor, als er keine wirtschaftspolitischen Forderungen aufstellt. Diese sind Forderungen des Tages, d. h. sie wollen nicht direkt auf

das Endziel zusteuern, sondern die nächsten Schritte bezeichnen. Diese Behandlung der Wirtschaftsprobleme entspringt aus der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Periode des erstarrten Kapitalismus dessen Überwindung auf revolutionärem Wege nur durch einen neuen Weltkrieg und darauf folgenden Bürgerkrieg zu erreichen wäre. Diesen Weg will aber das sozialdemokratisch orientierte Proletariat nicht gehen, weil es die moralischen und materiellen Schäden eines neuen Weltkrieges nicht auf sich nehmen will. Deshalb soll zunächst die Stärkung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Führung und Verwaltung der Produktion durch politischen Machtwechsel angestrebt werden. In der Weltwirtschaft müssen aber die Hindernisse des gegenseitigen Warenverkehrs wie der Wanderung beseitigt werden. Eine andere Gruppe von Forderungen bezieht sich auf die Lage der Arbeiter in den weniger fortgeschrittenen Ländern, deren Verbesserung als eine bedeutungsvolle internationale Aufgabe erkannt wird, eine weitere endlich auf die Kontrolle der internationalen Kartelle und Trusts und auf die internationale Regelung der Rohstoffbewirtschaftung. Zum ersten Punkt wird im Anschluß an die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz der Völkerverbund, insbesondere der Abbau des Hochschuttsystems gefordert. Zum zweiten Punkt wurde die Förderung der internationalen Angleichung der Arbeitsbedingungen und der Gewerkschaftsbewegung in den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern als Aufgabe des internationalen Proletariats bezeichnet. Ein heikler Punkt ist dabei die Frage der internationalen Wanderungen, worüber auch innerhalb der Arbeiterklasse nicht geringe Meinungsverschiedenheiten bestehen. Was den dritten Punkt, die Überwindung der internationalen Kartelle und Trusts wie die Vorbereitung der internationalen Rohstoffbewirtschaftung anbelangt, so steht der Brüsseler Kongress im Einklang mit dem Völkerverbund, dem vom Völkerverbund zu schaffenden internationalen Wirtschaftsamt die Organe für die Lösung dieser Aufgaben. Allmählich herrscht die Ansicht vor, daß dem Völkerverbund in internationalen Wirtschaftsfragen eine bedeutungsvolle Rolle zufallen müsse, allerdings in der Annahme, daß der Völkerverbund in dem Maße, als die Arbeiterbewegung in den angeschlossenen Ländern Fortschritte macht, eine andere Gestalt annehmen wird. Insbesondere hat Braillsford nachdrücklich betont, daß man sich von der Vorstellung freimachen solle, als ob der Völkerverbund sich nur mit Friedenspolitik zu befassen habe. „Frieden bedeutet mehr, es bedeutet die Organisierung des wirtschaftlichen Lebens im Interesse aller Völker.“ Die Resolution des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Internationale schließt mit den Worten, die Fritz Mahnke an den Schluß seines Wirtschaftskongresses gestellt hat: „Der Kongress fordert die Proletarier aller Länder auf, sich zu vereinigen mit dem Ziel: Die Nationen an die Stelle der kapitalistischen Monopole, die Gemeinschaft der Nationen an die Stelle der kapitalistischen Weltkongerne.“

Die Unternehmer haben Äußerungen!

Die Tarifverträge sind den Unternehmern schon lange ein Dorn im Auge gewesen. Es ist ja auch vollkommen verständlich, wenn sie lieber persönlich mit dem Arbeitnehmer unterhandeln, als mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer Kollektivverträge abschließen. Dem einzelnen Arbeiter gegenüber können sie ihre wirtschaftliche Überlegenheit viel mehr geltend machen. Er wird ihnen in den meisten Fällen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Es ist bedauernd anzunehmen, daß dem gemeinen Willen der Arbeiterklasse gegenüber zu leben, und Tarifverträge mit so ziemlich garantierten Löhnen abzuschließen zu müssen. Am liebsten schließen die Arbeitgeber selbst, verständlich, wenn es schon einmal sein muß, Tarifverträge auf lange Sicht ab. Aber auch die langfristigen Tarifverträge laufen

einmal ab. Und dann müssen sie entweder erneuert werden, oder man muß sich gar noch zu neuen Lohnverhandlungen mit den Arbeitnehmern an einen Tisch setzen; denn meist ist mit dem Ablauf über der Kündigung eines Tarifvertrages auch eine neue Lohnforderung verbunden.

Es ist nun ganz natürlich, daß zu gewissen Zeitpunkten eine ganze Reihe von Tarifverträgen gleichzeitig auslaufen oder gekündigt werden können. Das liegt zum Teil an den Werten unseres Lohnsystems, zum anderen Teil an der Struktur des Wirtschaftslebens, in dem ganz regelmäßig wiederkehrend zu bestimmten Zeiten im Jahre entweder eine Mehrbeschäftigung oder aber ein Nachlassen des Beschäftigungsgrades eintritt. Es verursacht den Unternehmern nun schwere Sorgen, daß zu solchen Zeitpunkten, meist zur Zeit des einfallenden Beschäftigungsgrades, so viel Tarifverträge gleichzeitig auslaufen. Die „Zukunft“- und „Handelszeitung“ schreibt dazu in der Nr. 187:

„Solche Termine können dann unter Umständen zu besonders heftigen Erschütterungen des Wirtschaftslebens führen und müssen den Eindruck einer plötzlich einsetzenden großen Lohnwelle mit allen unter Umständen recht unliebsamen psychologischen Auswirkungen hervorrufen.“

Einen interessanten Überblick über die Häufung solcher Ablauftermine gibt eine uns vorliegende Zusammenstellung von kompetenter Stelle über 499 Lohnverträge mit 5,4 Millionen Arbeitern nach dem Stande vom 9. Juli. Von diesen Verträgen laufen bis Ende Juli 1929 371 gleich 92,7 Prozent mit 5,26 Millionen Arbeitern gleich 96,5 Prozent ab bzw. es fallen die Kündigungsstermine in diese Zeit. Die Ablauftermine häufen sich besonders in den Monaten September und Oktober 1928, sowie Januar, März und April 1929. Im September laufen allein 37 Tarife mit 9,4 Prozent der insgesamt erfaßten Arbeiterzahl ab, und zwar in der Hauptache im Baugewerbe und in der Schuhindustrie; im Oktober sind es 17 Tarife mit 10,1 Prozent der Arbeiterzahl, die sich hauptsächlich auf die Nordwestliche Gruppe und auf die Textilindustrie West- und Ostdeutschlands beziehen. In den darauffolgenden Ablauf- bzw. Kündigungssterminen für 11 Tarife mit 9,7 Prozent der Arbeiterzahl, hauptsächlich für die Reichsbahn und die Reichsverwaltungen, in den Februar 23 Tarife mit 2,8 Prozent der Arbeiterzahl, hauptsächlich für die Holzindustrie.

Der März 1929 bringt eine besonders hohe Welle von Ablauf- bzw. Kündigungssterminen, nämlich für 133 Tarife mit 24,5 Prozent der Gesamtarbeiterzahl, die sich auf fast sämtliche Industrien erstreckt. Es folgen im April weitere 60 Tarife mit 9,4 Prozent der Gesamtarbeiterzahl, ebenfalls aus fast allen Industrien. Die Zahl der Tarife, deren Ablauf nicht in den erwähnten Zeitraum bis Ende Juli 1929 fällt, ist außerordentlich gering: es sind nur 16 Tarife mit 2,2 Prozent der Gesamtarbeiterzahl.“

Man kann von den Arbeitnehmern wirklich nicht verlangen, daß sie sich den ungünstigsten Zeitpunkt für die Führung der Lohnverhandlungen aussuchen. Das müssen die Industriellen den Gewerkschaften schon überlassen, ihre Taktik sich zu einzurichten, wie sie es belibien. Für die Arbeitnehmerlichkeit können die unliebsamen psychologischen Auswirkungen einer solchen plötzlich einsetzenden großen Lohnwelle kaum in Frage kommen. Der Tatsache, daß die Unternehmer, groß und klein, immer bemüht sind, jede Prozente Lohnerhöhung mit einer 3-prozentigen Preiserhöhung beantworten, müssen die Gewerkschaften allerdings eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Da liegt noch ein erster Mangel vor.

Der „Deutschen Bergwerkszeitung“, die sich in der Nr. 102 ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt und ihre Betrachtung mit dem Zitat beginnt: „Wann wird die Wirtschaft endlich zur Ruhe kommen?“, können wir entgegen: Die Wirtschaft wieder zur Ruhe kommen und ruhig und ohne Erschütterungen produzieren können, wenn an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die sozialistische getreten ist.

Reichstarriskommissionsitzung der deutschen Fassettenindustrie.

Am 29. Juli tagte in Dresden die Reichstarriskommission der deutschen Fassettenindustrie. Zur Erledigung stand folgende Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit der Branchenleitung zum Abschluß eines Reichstarrifvertrages.
2. Wie gelangen wir zum Reichstarrifvertrag?
3. Unsere Lohnabschlüsse in der Fassettenindustrie.
4. Verschiedenes.

Die Notwendigkeit der Sitzung ergab sich aus den Schwierigkeiten, die der Branchenleitung bereitet werden bei Erfüllung des Auftrages der Reichskonferenz vom 25. Mai 1927: „Herbeiführung eines Reichsmanteltarifvertrages in der deutschen Fassettenindustrie.“ Vor allem war die Beipredung aber auch dadurch notwendig geworden, daß in einigen der größten Bezirke mit Fassettenindustrie die bislang örtlich oder werlich abgeschlossenen Mantelverträge am Jahresende und zum Teil früher auslaufen. Hier gilt es, rechtzeitig darauf zu achten, die geplante Einheitslichkeit im Tarifbau herbeizuführen durch Einreichung des ausgearbeiteten Entwurfs des Reichsmantelvertrages für die Fassettenindustrie, um durch Festlegung dieses Vertragsentwurfes in den ausschlaggebenden Bezirken mit Fassettenindustrie die Brücke für den notwendigen Reichstarrif zu schlagen oder zum mindesten Grundlagen für den Abschluß bezirklicher Verträge zu schaffen.

Der Kollege Krebs von der Branchenleitung Charlottenburg schilderte in seinem Referat seine seit Monaten währenden Verhandlungen mit namhaften Vertretern der Fassettenindustrie und Vertretern der Behörden zwecks Abschluß eines Reichsmantelvertrages. Dabei wurde die unvermeidliche Stellung einzelner Arbeitgeber zu dieser Frage gekennzeichnet, die unverständlicherweise selbst die Hand dazu bieten, ihre bodenständige Fassettenindustrie an den Ruin zu bringen, die Konkurrenzfähigkeit zu machen. Nur die Beirückung, durch den Abschluß eines Reichsmantelvertrages mit geregelten Arbeits- und Urlaubsbedingungen zu einheitlichen Lohnverträgen zu kommen, stärkt einzelne Arbeitgebervertreter der Bezirke in ihrem Vorhaben, den Abschluß eines Reichsmantelvertrages zu verhindern. Dabei wird von der Branchenleitung festgestellt, daß vorläufig an einen Reichstarrifvertrag nicht zu denken ist. Dazu liegen augenblicklich die Verhältnisse in der Industrie viel zu schwierig, da die Lage der Betriebe, technische Einrichtungen und Produktionsgange in den einzelnen Bezirken so voneinander abweichen, daß eine einheitliche Lohngestaltung vorläufig nur als erstrebenswertes Problem bezeichnet werden muß. Der Reichstarrif soll vor allem unter Berücksichtigung der fortwährenden Mechanisierung in allen Zweigen der Glasindustrie die Arbeitsbedingungen, wie Arbeitszeit, Arbeitsanfälle, Ausbildung von Arbeitskräften, Vermittlung derselben, sowie Urlaub usw. einheitlich regeln. Es soll erreicht werden, daß alle tarifgebenden Arbeitgeber im Rahmen tariflicher und gesetzlicher Bestimmungen arbeiten lassen, damit die vielen kleinen — sowie auch einige Großbetriebe infolge nicht vorhandener tariflicher Bindungen nicht mehr Schrupp- und Schleuderfonturturen treiben können, wie dies leider zum großen Teil jetzt der Fall ist, zum Schaden der Industrie und der darin Beschäftigten. Mit überlanger Arbeitszeit, Verrichtung von Heimarbeiten und übermäßiger Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften mit Arbeiten, die längst gestrich-

verboten sind, ermöglicht man diesen „großzügigen“ Industriellen auf der würdevollen Bahn der Schrupp- und Schleuderfonturturen fortzuführen.

Die deutsche, hodenständige Fassettenindustrie darf im Interesse des Wirtschaftslebens, vor allem aber im Interesse ihrer Arbeiter nicht hinter den übrigen Gruppen der deutschen Glasindustrie zurückbleiben; was in der Weig-, Klotz- und Tafelglasindustrie möglich war, muß in der Fassettenindustrie zwangsläufig kommen. Wenn dies die Arbeitnehmer rechtzeitig erkannt haben, dann sollten ihre Bestrebungen zum Abschluß eines einheitlichen Tarifgebildes ausreichend unterstützt werden.

In der reichhaltigen Diskussion der Vertreter der einzelnen Bezirke trat mit aller Deutlichkeit in Erscheinung, daß nur die Verwirklichung des gemeinsamen Zieles der Arbeitnehmerorganisation, nämlich die Schaffung eines Reichsmanteltarifvertrages in der Fassettenindustrie dazu führen kann, die jetzt schon reichlich veräuterten Verhältnisse in der Industrie auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Scheitert dies an Einheitslichkeit der Vertreter der Arbeitgeber mit ihren Syndikats-einzelner Bezirke, dann sollen sie ja nicht bei kommenden Verhandlungen wieder ihre Vermächtnisse über Schrupp- und Schleuderfonturturen sowie Auslandsfonturturen aufstimmen, die sie selbst durch ihr unüberhörliches Verhalten zu den Anträgen der Arbeitnehmer fortgesetzt werden helfen.

Der von der Branchenleitung beschrittene Weg ist der richtige, und er muß deshalb weiter begangen werden, trotz aller Schwierigkeiten. Mit Hilfe des vernünftigen Teils der Arbeitgeber und mit evtl. behördlicher Hilfe muß einer alten bodenständigen Industrie, wie es die Fassettenindustrie für die deutsche Wirtschaft, ja für den Weltmarkt darstellt, der Weg gebahnt werden, wie er im Interesse aller Beteiligten gelegen ist. Es ist deshalb wohl zu erwarten, daß allerorts in Kollegenkreisen immer und immer wieder der Gedanke der Schaffung des Reichstarrifvertrages geäußert wird. Durch wirksame Unterstützung der nachfolgend beschlossenen Resolution der Sitzung der Reichstarriskommission kann dies im Lande am besten erfolgen.

Resolution.

Die am 29. Juli in Dresden tagende Reichstarriskommission der deutschen Fassettenindustrie stellt nach dem instruktiven Referat des Branchenleiters und der anschließenden ausführlichen Debatte fest, daß infolge der geschilberten Verhältnisse in der deutschen Fassettenindustrie die Schaffung eines Reichsmanteltarifvertrages zur Regelung einheitlicher Arbeitsbedingungen zur unbedingten Notwendigkeit geworden ist. Durch die ständig fortschreitende Mechanisierung in allen Zweigen der Glasindustrie liegt die bodenständige deutsche Fassettenindustrie vor schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, wenn es nicht bald gelang, durch möglichst einheitliche Arbeitsbedingungen die gegenwärtige Konkurrenzfähigkeit in der Industrie zu gewährleisten.

Nur auf dem Wege der Schaffung eines Reichsmanteltarifvertrages ist es möglich, harte Kriege für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der deutschen Fassettenindustrie zu machen. Es liegt deshalb im gemeinsamen Interesse aller Beschäftigten, an dem großen Gedanken der Verwirklichung zur Schaffung des Reichsmantelvertrages mitzuwirken.

Die Reichstarriskommission erwartet deshalb von allen freudigste Mitarbeit.

Entscheidungen des Oberschiedsgerichts der Weißglasindustrie.

Das Oberschiedsgericht hatte sich am 2. August mit zwei Klagen zu beschäftigen, die von allgemeiner Bedeutung sind. Deshalb wollen wir ausführlich dazu Stellung nehmen.

In ersterem Falle handelte es sich um eine Verurteilung, die mit einem Schiedsgericht des Bezirksoberschiedsgerichts (Schlichtung) eingeleitet hatten. Bei der Firma Wiegand & Wulle in Großbreitenbach mußten Reparaturen am Ofen vorgenommen werden. Diese Reparaturen erfolgten am Karfreitag und am Oster-Sonabendvormittag. Die Firma verlangte von der Arbeiterchaft, daß sie die Arbeit nachmittags 2 Uhr beizugehen sollte. Das lehnten die Kollegen ab. Die Firma erhob eine Feststellungs-Klage beim Bezirksoberschiedsgericht mit dem Verlangen, festzustellen, daß die Arbeiter verpflichtet sind, auch an anderen, als den üblichen Arbeitsstunden, ihre Arbeit zu verrichten.

Das betreffende Schiedsgericht gab der Firma recht mit folgendem Schiedsbescheid:

„Es wird festgestellt, daß die Besetzung der Klagen zur Arbeitsleistung auch an anderen, als sonst üblichen Tagesstunden verpflichtet ist.“

In der Begründung zu dem Urteil wird im wesentlichen auf die Begriffe von Arzen und Glauben Bezug genommen.

In unserer Verurteilung verwiesen wir darauf, daß dieses Urteil den Tarifvertrag völlig auf den Kopf stellen und vor allem gänzlich außer acht gelassen habe, daß die Arbeitszeit durch Vertrag zwischen Firma und Betriebsrat festgesetzt worden ist, und daß ein Vertrag nicht einseitig von irgendeiner Partei aufgehoben oder abgeändert werden könne. Im übrigen, wenn die Firmen die Arbeitszeit willkürlich verlegen könnten, alle Bestimmungen aus dem Vertrag, die Entschädigungen für Arbeitsausfall festsetzen, völlig aufgehoben.

Das Oberschiedsgericht hat sich mit dem sachlichen Inhalt der Streitfrage nicht beschäftigt, sondern hat festgestellt, daß es sich hier nicht um eine Klage aus dem Tarifvertrage handele und demgemäß das Urteil des bezirkslichen Schiedsgerichts nicht zu recht bestehe und deshalb aufzuheben sei.

Damit ist der Verzicht der Firma, auf Umwegen wichtige Bestimmungen des Manteltariffs und der Arbeitsordnung zu beschaffen, gescheitert. Unsere Kollegen werden nunmehr die Klage auf Entschädigung für den entgangenen Arbeitsverlust einreichen, wenn die Firma die Entschädigung nicht freiwillig zahlt.

In der zweiten Sache handelt es sich um eine Feststellungs-Klage des Schlichterverbandes Deutscher Glasfabriken, die mit unserem Einverständnis gleich vor das Oberschiedsgericht gebracht worden ist. Es handelt sich um die Frage, in welcher Verbindung die §§ 10a und 12, Abs. 3 stehen.

Der Schlichterverband beabsichtigte mit dieser Klage festzustellen, daß die Entschädigung, die für das Sägen eintragen zu zahlen ist, angerechnet werden darf auf eine zu zahlende Entschädigung, wenn am gleichen Tage Arbeitsausfall zu bezahlen ist. Diese Anrechnung sollte auch dann erfolgen, wenn das Sägen eintragen außerhalb der üblichen Arbeitszeit erfolgt.

Das Oberschiedsgericht fällt folgenden Spruch:

„In den Arbeiten, an deren Leistungen die Glasmacher gemäß § 12, Abs. 3 des Manteltariffvertrages für die ihnen nach § 12, Abs. 2 zu zahlende Entschädigung verpflichtet sind, kann im geeigneten Falle auch das Sägen eintragen gehören.“

In einem solchen Falle ist auf die gemäß § 10a des Manteltariffvertrages für das Sägen eintragen zu zahlende Entschädigung, die nach § 12, Abs. 2 zu zahlende Entschädigung anzurechnen, sofern derartige Arbeiten innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit geleistet werden. Der weitergehende Antrag wird abgelehnt.“

In der Begründung wird unter anderem folgendes gesagt: Das Oberschiedsgericht hat seine, nach dieser Richtung hin schon früher allgemein anerkannte Ansicht, daß die Ausgleichsarbeiten im Sinne des § 12, Abs. 3 an demselben Tage geleistet werden müssen, jetzt noch dahin präzisiert, daß diese Arbeiten auch nur innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit geleistet werden müssen. Das Oberschiedsgericht folgert dies, wie schon in seiner früheren Entscheidung vom 15. Mai 1928 zum Ausdruck gekommen ist, aus dem Worte „hierfür“ in § 12, Abs. 3 in Verbindung mit den Worten in Abs. 2, „der durch andere Arbeitsverteilung nicht ausgeglichen werden kann.“ Ferner aber aus dem Umstande, daß eine ähnliche Regelung wie in § 12, Abs. 4 über Satz: „Der Arbeitsausfall an Arbeitszeit ist im Rahmen der Arbeitszeit oder während der nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen nachzuschließen“ offenbar bewirkt im Abs. 3 nicht erfolgt ist.

Aus dieser Entscheidung geht hervor, daß die Unternehmer wohl das Recht haben für die im § 12, Abs. 3 genannten Arbeiten, das Sägen eintragen einzusetzen, aber dann muß das Sägen eintragen während der üblichen Arbeitsstunden erfolgen.

Wenn im Schiedsbescheid gesagt wird, daß im „geeigneten Falle“ auch das Sägen eintragen zu den Arbeiten nach § 12, Abs. 3 gehören, so heißt es in der Begründung dazu wie folgt:

„In den Arbeiten, an deren Leistung die Glasmacher gemäß § 12, Abs. 3 verpflichtet sind, gehört an sich die Arbeit des Sägen eintragens nicht, da gemäß der ursprünglichen Bestimmung hierunter nur solche Arbeiten zu verstehen sind, welche durch Betriebsstörungen infolge von Feuerbruch, Kollisionen, Glas-, verletzten Arbeitern notwendig werden. Des weiteren können hierunter aber die im § 12, Abs. 2 mit „hierfür“ bezeichneten Arbeiten fallen. Diese müssen dem Zusammenhang entsprechend von der Art her vorher im einzelnen ausgeglichen sein.“

Wenn nun auch die Reparatur des Ofens und des Sägen eintragens selbst an sich nicht als Betriebsstörung angesehen werden kann, so muß man sich bei der Arbeit im regelmäßigen Betrieb immer wieder denken über längere Zeit vorher geplant und vorgesehen sind, so lassen sich doch Fälle denken, daß diese Arbeiten die unmittelbare Folge solcher Betriebsstörungen sein können, und in diesem Falle müssen dann diese Arbeiten als solche im Sinne des § 12, Abs. 3 angesehen werden. Der Begriff Betriebsstörung ist dabei so anzulegen, daß sie immer nur als ein plötzliches und unerwartetes Ereignis eintritt.

Neuregelung

der Krisenfürsorge für Glasarbeiter.

Die letzten Jahre waren für die Glasarbeiter Deutschlands in fast allen Beziehungen bitter Jahre. Die der Wirtschaft drohende Gefahr und die damit verbundenen Schwierigkeiten haben die Arbeiterchaft in die tiefste Not hineingeworfen. Die Krisenfürsorge für Glasarbeiter hat sich in der letzten Zeit in der Weise entwickelt, wie sie sich in anderen Gewerkschaften entwickelt hat. Die Krisenfürsorge für Glasarbeiter hat sich in der letzten Zeit in der Weise entwickelt, wie sie sich in anderen Gewerkschaften entwickelt hat.

Die Krisenfürsorge für Glasarbeiter hat sich in der letzten Zeit in der Weise entwickelt, wie sie sich in anderen Gewerkschaften entwickelt hat. Die Krisenfürsorge für Glasarbeiter hat sich in der letzten Zeit in der Weise entwickelt, wie sie sich in anderen Gewerkschaften entwickelt hat.

rechtzeitiges Umwandern aus dem sich umstellenden Industriezweig einsetzt. Vorübergehende Arbeitslosigkeit von ungeheurer Ausdehnung in einzelnen Branchen für die Beschäftigten der deutschen Glasindustrie ein. Selbstverständliche Verpflichtung der Organisation war es, sofort mit allen Mitteln zu versuchen, dieser Notlage zu steuern. Rechtzeitig wurde deshalb von der Branche Glas mit der in Frage kommenden Behörde, dem Reichsarbeitsministerium, neuerdings mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schriftlich und mündlich des öfteren verhandelt, damit die Glasarbeiter den Berufsgruppen anzugliedern sind, die infolge eingetretener wirtschaftlicher Verhältnisse in der Industrie ohne Nachprüfung der Krisenfürsorge unterstellt werden. Weiterhin wurden von uns die Forderungen des ADGB und der Reichsgruppierung der G.D. durch eigene Anträge unterstützt, die Dauer für Erwerbslosenunterstützung auf mindestens 20 resp. 52 Wochen festzusetzen. Die letzteren Forderungen sind augenblicklich noch nicht erledigt, da sie ja nur durch Reichsgesetz geregelt werden können, und zwar für alle Erwerbslosen einheitlich, gleichviel, welchem Berufs- oder Industriezweig der Erwerbslose ehemals gebient hat. Der Reichstag wird sich mit den vorliegenden Anträgen baldigst zu beschäftigen haben.

Unsere fortgesetzten Bemühungen, sowie den Anträgen der einzelnen Arbeitsämter ist es endlich gelungen, daß für alle Beschäftigten in der Glasindustrie die Krisenfürsorge eingeleitet wird. In der amtlichen Bekanntmachung heißt es:

„Der Kreis der Personen, die zur Krisenunterstützung zugelassen sind, war bisher im wesentlichen beschränkt auf die Arbeitslosen bestimmter Berufsgruppen. In diesen Berufsgruppen tritt nunmehr auch die Glasindustrie, sowie das Bühnenpersonal der Theater- und Lichtspielunternehmungen hinzu, usw.“

Außerdem ist für alle über 40 Jahre alten Erwerbslosen in der neuen Verfügung festgestellt worden, daß sie bis zu einer Höchstdauer von 52 Wochen Krisenunterstützung freiwillig erhalten können. Arbeitslose über 40 Jahre, die aus der Krisenunterstützung ausgeschlossen sind, weil sie die bisherige Höchstdauer erreicht haben, haben beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Anspruch auf den Rest der Krisenunterstützung bis zur Gesamthöchstdauer von 52 Wochen.

Wir bitten, im Laube Kenntnis zu nehmen vom Erfolg gemeinsamer Organisationsarbeit und zu erkennen, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht nur im gelegentlichen Arbeiten des

Koalitionsfreiheit — aber was für eine!

Aus einer unserer Zahlstellen in Bayern erhielten wir einige interessante Mitteilungen, wie man in gewissen bayerischen, katholischen Kreisen das Wort Koalitionsfreiheit auslegt und versteht. Diese Mitteilungen sind so bezeichnend für die Art, in der in manchen Gegenden für die christlichen Gewerkschaften gearbeitet wird, daß wir nicht umhin können, unsere Mitglieder etwas darüber zu unterrichten.

In München besteht eine Krankegeld-Zusicherungskasse, die den ebenfalls schon wie bezeichnenden Namen „Leobhaus“ führt. Das Geschäftsgebiet dieser Kasse erstreckt sich, so belegen wenigstens die Satzungen, auf ganz Süddeutschland. Nach § 3 der Satzungen kann Mitglied der Kasse „Leobhaus“ jedes ordentliche Mitglied eines katholisch-sozialen Vereins werden, wenn dieser Verein einem an das „Leobhaus“ angeschlossenen Verbands angehört. Natürlich sind auch die Oberstufen solcher „ordentlichen“ Mitglieder einsehbar, aber nur wenn sie dem Gatten kirchlich angetraut sind. Die zivilrechtliche, handelsrechtliche Trennung scheint dort keine Gültigkeit zu haben. Alles in allem zeigt sich in den Satzungen das Bestreben, in der Kasse eine exklusive Vereinigung zu schaffen. Das scheint nun leider nicht ganz gelungen zu sein. Auf irgendwelche Weise — der Teufel findet ja bald ein Loch — ist es denen gelungen, sich in die Kasse „Leobhaus“ einzuschleichen, wie man denke, nicht einem katholisch-sozialen Verein angehört, sondern sogar einer freien Gewerkschaft angehört. Das sind aber eben jene gute Christen gewesen als die übrigen Mitglieder der Krankenkasse, auch wenn sie ihre christliche Gesinnung nicht durch eine Mitgliedschaft in einem katholisch-sozialen Verein bezeugen konnten. Ohne diese dürften sie aber nicht in diesem Unterstützungsverein geduldet werden, und ein freigeschäftlich organisierter Arbeiter war als Mitglied der Krankenkasse „Leobhaus“ schon ganz undenkbar.

Nachdem einige freundschaftliche Ratschläge nicht genutzt hatten, wurde an die hörenden Elemente ein Schreiben des Ausschusses dieser Kasse geschickt, in dem in ultimativer Form der Austritt aus der freien Gewerkschaft gefordert wurde, wenn nicht der Ausschluss aus der Kasse „Leobhaus“ erfolgen sollte. Des allgemeinen Interesses wegen, daß diese Zuschrift, die auf den Briefbogen des katholischen Arbeitervereins Schwabens gedruckt war, für unsere Mitglieder haben dürfte, lassen wir es hier im Wortlaut folgen:

Schwabens, den 19. Juli 1928.

Nach unseren Verbands-Statuten, besonders aber nach unseren Lokal-Statuten § 3, Abs. 2, und § 5, Abs. 7 ist die Zugehörigkeit zu unserem Verein zurechenbar mit der Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft.

Jedem besteht hier die Möglichkeit, sich der christlichen Gewerkschaft anzuschließen. Es besteht ferner als grundlegendes Recht nach der Reichsverfassung die absolute Koalitionsfreiheit.

Das für unseren Verein wichtigste immer war, trotz so vieler Verluste, das gilt auch für jedes der Mitglieder. Die hiesige Krankenkassenkommission von 1924 schreibt obgleich vor, daß jedem kategorischen Arbeitnehmer bei schwerer Belastung des Gewerkschafts es verboten ist, zu einer freien Gewerkschaft überzutreten oder bei ihr zu bleiben.

Die sämtlichen Ausschussmitglieder erklärten in der Sitzung vom 30. Juni d. J., es nicht mehr verantworten zu können, dieser klar ausgesprochenen Rechtslage gegenüber weiter zu warten zu können.

Sie haben hiermit noch 8 Tage Bedenkzeit, um zu einer Entscheidung Ihres bisherigen Verhaltens zu kommen. Wirtigenfalls haben Sie sich aus unserem Verein und unserem Verband als ausgeschieden zu betrachten. Sie gehen damit auch außer Rechte selbstverständlich verlustig.

Hochachtungsvoll

F. A. des Ausschusses, gez. Franz Schaller, Präses.

Der Krankenkassen-Zusicherungskasse „Leobhaus“ ist selbstverständlich nicht das Recht zu betreiben, sich ihre Mitglieder einzuschließen, wie sie will. Aber dann sollte man doch nicht mit solchen Gründen operieren, wie es hier geschehen ist. Die offensichtlichen Widersprüche, die in dem Briefe enthalten sind, müssen doch jeden zur Kenntnis bringen. Wenn die Zugehörigkeit zum katholischen Verein zurechenbar ist mit der Mitgliedschaft in einem freien Verband, dann ist das ja gut und klar erklärt. Aber den folgenden Satz: „Jedem besteht hier die Möglichkeit, sich der christlichen Gewerkschaft anzuschließen“, können wir nicht unbedeutend lassen. Unsere Mitglieder wissen sehr gut, daß der Ausschluss aus den christlichen Verbänden ihnen die Zugehörigkeit zu der freien Gewerkschaft nicht aufwiegen kann und daß ihre Interessen in der freien Gewerkschaft ungleich besser gewahrt sind, als in dem durch kirchliche Bindungen in seiner Bewegungsfreiheit und

Lohnautomaten liegen kann, sondern wichtige kulturelle und soziale Aufgaben im Interesse aller augenblicklich und auch in Zukunft erfüllt werden müssen.

M. Krebs.

Altenberg i. Thür.

Auf wiederholte Anfragen der verschiedensten Kollegen über den Stand des Konkursverfahrens der Glasfabrik Böttcher & Co., Großhöffen, teilen wir mit: Um das Konkursverfahren zu Ende zu führen, werden zurzeit vom Konkursverwalter zwei Prozesse geführt, die noch einen wesentlichen Bestandteil der Konkursmasse bringen sollen. Das Gericht hat deshalb angeordnet, daß die bisherige Konkursmasse zur Sicherung der beiden Prozesse zurückgehalten wird; erst nach Beendigung der beiden Prozesse kann die Auszahlung an die einzelnen Gläubiger erfolgen. Nach Mitteilung des Konkursverwalters ist eine Beendigung der Prozesse im Jahre 1928 nicht möglich. Die Auszahlung wird infolgedessen in diesem Jahre nicht erfolgen können. Die Zahlstellenleitung wird auch weiterhin bemüht sein, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, soweit sie noch Forderungen haben, zu vertreten. Sobald irgendeine Möglichkeit vorhanden ist, auch nur eine Teilzahlung zu gewähren, er halten die Beteiligten Nachricht. Weitere Anfragen sind als zwecklos. Die Zahlstellenleitung, F. Schauer.

Chemnitz.

Drei Jubilare! Der langjährige Vorsitzende der früheren Glasarbeiter-Zahlstelle Chemnitz, Kollege Paul Hänel, Fassettenschleifer, kann am 20. August 1928 auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken. Mit großem Geschick und Eifer hat Kollege Hänel es von jeher verstanden, nicht nur die Interessen seiner Berufskollegen wahrzunehmen, sondern der Arbeiterbewegung im allgemeinen zu dienen. Seit der Verschmelzung wirkt der Jubilar als Verwaltungsmitglied der Zahlstelle Chemnitz. Sein Rat wird in der Zahlstelle gern gesucht und geschätzt.

Mit ihm feiert ebenfalls das 25jährige Mitgliedsjubiläum der Kollege Paul Klemm, Fassettenschleifer. Auch er hat in wirtschaftlich schweren Zeiten bis zum heutigen Tag im vorderen Treffen der Arbeiterbewegung mitgestanden. Beiden Kampfern gebührt der Dank, den sie sich erworben haben. In der Erwartung, daß sie noch viele Jahre gemeinsame Organisationsarbeit mit uns leisten, sei ihnen an ihrem Ehrentag der herzlichste Glückwunsch hiermit gebracht.

seiner Kampfkraft stark gehinderten christlichen Verband.

Den folgenden Satz von dem grundlegenden Recht der Koalitionsfreiheit hätten die Briefschreiber aber wirklich lieber herauslassen sollen. Er vertritt sich nicht mit dem Vorhergehenden. Es ist aber möglich, daß der Briefschreiber die Koalitionsfreiheit auftritt als eine Freiheit von der Koalition, d. h. von dem unangenehmen Koalition der freien Gewerkschaften. Wir glauben gern, daß dem Ausschuss der Krankenkasse „Leobhaus“ eine „absolute Freiheit“ von jeder Koalition am liebsten wäre. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, heißt doch Koalitionsfreiheit soviel, daß jeder Arbeitnehmer die Freiheit hat, sich zu koalieren, wo und wie er will. Das nun die Mehrzahl der Arbeitnehmer es versteht, sich den Gewerkschaften anzuschließen, in denen sie ihre Interessen am nachdrücklichsten vertreten findet, also in den mächtigsten freien Gewerkschaften, daran wird auch keine hundertwundertausendmalige Änderung kommen. Es ist eben auch das alles eine Magenfrage.

Wie gültig, den räumigen Säusen noch acht Tage Bedenkzeit zu gewähren! Wir sind sicher, unsere Kollegen werden diese acht Tage gut anwenden, um auch die noch in Zweifel schwebenden Arbeitnehmer von ihren Gewissensnöten zu befreien und sie der Organisation zuzuführen, in die sie nun einmal gehören. Mit solchen ultimativen Forderungen, wie sie der ältliche Brief stellt, vollends, wenn sie so schlecht begründet sind, läßt sich das Wachstum der freien Gewerkschaften nicht aufhalten, und besonders die Kollegen Vorstellungsarbeiter im Hausbezirk Marktredwitz werden wissen, daß sie die Krankenkassen-Zusicherungskasse „Leobhaus“ nicht brauchen, wenn sie ihrer Organisation, dem Keramischen Bund, im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, die Treue halten.

Arzberg.

Alte Methoden — neue Namen! Zu dieser Beurteilung kommt man, wenn man sieht, wie unter dem Schlagwort Nationalisierung die Betriebe umgewandelt werden. Alles strebt zur höchsten Ausnutzung der Betriebsanlagen und doch wird nichts Neues angeschafft. Geringe Verwendung der Arbeitskräfte unter Zuhilfenahme längst bekannter Hilfsmittel nennt man rationalisieren. Das dabei in der Hauptsache an eine Kürzung der bestehenden Löhne gedacht ist, war zu erwarten. Es werden alle tariflichen Bestimmungen übergangen, und willkürlich verfuhr man, neue Stückpreise nach den mit der Stoppuhr berechneten Leistungen festzusetzen. So sieht die Nationalisierung aus, die die Konzernleitung der Kahl-A.-G. in ihrem hiesigen Betriebe von einem noch ziemlich jungen Vorstellungsleiter durchführen läßt. Ohne Zweifel kosten diese Dinge Geld, ob aber eine bessere Verwendung nicht Lohnender wäre, wollen wir nicht beurteilen. Daß aber diese Neuerungen oft Rückschritten hervorrufen und infolge ihrer Nichtanwendbarkeit wieder entfernt wurden, sei nur nebenbei festgestellt. Man wird eben trotz aller maschinellen Verbesserungen männliche Arbeitskräfte nicht entbehren können. Die Arbeiterchaft steht demnächstigen technischen Verbesserungen nicht entgegen, verlangt aber auch, daß nicht auf ihre Kosten Betriebe umgestellt werden, und daß die tariflichen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen. Die geringsten Löhnen wird keine Qualitätsware erzeugt werden können, ebensowenig wird man dabei eine Steigerung der Produktion erreichen. Recht interessant dürfte es sein, zu sehen, welche Gewinne dieser Betrieb nach der voraussichtlich ein Jahr dauernden Erneuerungstour für die Kahl-A.-G. abwerfen wird.

Gräfenthal.

Bei der Firma Weiß, Kühnert & Co. bestehen ernste Differenzen. Obwohl schon seit April 1924 für die feinsten und besten Betriebe die Verpflichtung besteht, die Stückpreise auf volle 100-prozentige Höhe umzurechnen und diese Firma durch eine Entscheidung des Oberschiedsgerichts dazu auf unseren Antrag hin nochmals besonders zu einer solchen Umrechnung verpflichtet wurde, ist bis jetzt diese Verpflichtung noch nicht in allen Teilen erfüllt worden. Den in solchen Umständen im Afford Beschäftigten wird durch die von den vertraulichen Bestimmungen abweichende Lohnberechnungsmethode die Errechnung der Verdienste, insbesondere aber die Nachprüfung der Richtigkeit der einzelnen Stückpreise erschwert. Weiter weigert sich die Betriebsleitung, zu niedrig bemessene Stückpreise aufzubereiten und das Formen und Geschirrtrogen für die Formmaschinen durch besondere Arbeitsträfte vornehmen zu lassen. Eine Veranschlagung hat die Situation noch durch die Kündigung übersteigert, die offensichtlich als Maßregelung zu erkennen ist, verbunden mit dem bisherigen Verluste, die Differenzen durch Verhandlungen beizulegen, sind gescheitert. — Damit ist aber die Sache für die Beschäftigten nicht erledigt; sie haben die Organisation mit der weiteren Behandlung der Inanspruchnahme beizutragen.

Wallhausen.

Die Arbeiterschaft der Steingutfabrik Carlens in Wallhausen wurde nach vorausgegangenem 14tägiger Kündigung am 13. August ausgesperrt. Die Ursache für diese Maßnahme der Firma liegt in Differenzen mit den Giechern. Diese haben seit längerer Zeit durch Nichthalten der Pausen, Längerarbeiten und auch teils durch Sonntagarbeit ihre Leistungen gesteigert. In den letzten Wochen hielten sich die Giecher nun wieder möglichst eng an die tariflich und gesetzlich festgelegte Arbeitszeit. Das hatte ganz natürlich einen entsprechenden Rückgang der geleisteten Warenmenge zur Folge. Auch zeigte sich, daß die Stücklohnsätze ungenügend sind. Die Betriebsleitung bezieht die Giecher der passiven Resistenz und verlangt die früher durch Ueberstrecken der Arbeitszeit erreichten Leistungen. Die Giecher konnten bei normaler Arbeitszeit diese verlangte Leistung nicht aufrechterhalten und forderten Aufbesserung der zu niedrigen Lohnsätze. Als Antwort kündigte die Betriebsleitung der gesamten Belegschaft. Auch durch eine unter Mitwirkung der beiderseitigen Hausleitungen während der Kündigungszeit geführte Verhandlung brachte keine Verständigung. Die Betriebsleitung will durch die ab 13. August zur Lastfall gewordene Aussperrung der gesamten Belegschaft die Giecher zwingen, die gesetzliche Ar-

beitszeit ständig zu überschreiten, um dadurch auch wieder die frühere Mehrleistung zu erhalten. — Zugang nach Wallhausen ist fernzuhalten.

Selb.

In Nr. 177 der „Norddeutschen Volkszeitung“ hat ein in Selbst bekannter Schmierling und Nichtsteuer einen Artikel mit der Ueberschrift: „Wohin steuert die Zahlstelle Selbst des Fabrikarbeiterverbandes?“ losgelassen. Die Verwaltung der Zahlstelle Selbst des Fabrikarbeiterverbandes hat keine Ursache, auf diese bewusste Irreführung und Gewerkschaftschädigung einzugehen, die doch der Arbeiterschaft von Selbst unter der Parole: Raus aus den Gewerkschaften von 1924 her noch in guter Erinnerung ist; sondern überläßt das Urteil vernünftigen Menschen. In einer derartigen Verleumdung ist ja nur die KPD-Broschüre fähig, deren billiges Vergnügen darin besteht, Schmutz über Andersdenkende zu entleeren, um andererseits die Abgeordnetenimmunität zu mißbrauchen und sich der Verfolgung jenseits zu entziehen.

Die Firma Porzellanfabrik Gräf & Krippner hat den Bau eines weiteren Rundofens in Angriff genommen. Damit wird die Dfenzahl dieses Betriebes auf drei erhöht.

Ziegeleibefitzer als Freunde langer Arbeitszeit.

Bekannt ist der Ausspruch des Ziegeleibefitzers Schünhoff, Hannover, der da einmal sagte: „Wir müssen wieder arbeiten, solange die Sonne scheint.“ Schünhoff hat den Gedanken der langen Arbeitszeit in Ziegeleien in allen möglichen Variationen vertreten. In feuilletonistischen Erzählungen (Gespräche mit seinem Freund Simon), malte er oft Bilder von dem idyllischen Leben der Ziegler, die im Sommer arbeiteten, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Dafür saßen sie dann im Winter hinter dem warmen Ofen und ließen es sich bei braunem Kohl mit Schweineschwänzen wohl sein. Man bekam beim Lesen solcher idyllischen Schilderungen oft allerhand Gedanken, z. B.: Wo kommen eigentlich die vielen Schweineschwänze her, da doch auch damals jedes Schwein nur ein Schwänzchen hatte. Oder wuchsen etwa in früheren Jahren den Schweinen die Schwänze nach? Wahrscheinlich ist da die neue Zeit mit ihren Verordnungen über Beschränkung der Arbeitszeit usw. auch schuld, daß solches nicht mehr geschieht.

Doch wie gesagt, wenn Herr Schünhoff wieder mal eine solche Erzählung vom Stapel gelassen hatte, kam in das triste Dasein der Ziegler die notwendige heitere Abwechslung. Jetzt scheint ihn ein anderer Arbeitgebervertreter der Ziegeleibefitzer im Erzählen abgelöst zu haben, und zwar Herr Rinkl.

In Nr. 31 der „Ziegelwelt“ gibt Herr Rinkl unter der Ueberschrift: „Eine Unterredung mit einem italienischen Ziegelarbeiter“ eine Unterhaltung wieder, die er in Italien geführt haben will.

Nach einer längeren Einleitung, in der er den Zauber der Meeresbräunung beschreibt, kommt er in Verwunderung darüber, daß in Italien die Leute noch spät abends arbeiten, trotzdem doch auch in Italien der Achtstundentag eingeführt sei. Ueberall arbeiten die Leute von früh 5 Uhr bis zum Einbruch der Dämmerung und das nicht nur in Ziegeleien. Und nun führt er sich veranlaßt, einen Ziegler zu fragen, wie es komme, daß in Italien so lange gearbeitet wird, da sie doch auch den Achtstundentag hätten, der soviel er wüßte, gesetzlich normiert sei. Der Ziegler steht ihn darauf erstaunt an, als ob er sagen wollte: Wie kommt du auf diese Frage. Und nun legt der Ziegler los: „Es sei wohl der Achtstundentag auch bei ihnen Gesetz, aber es sei dies wie in Deutschland, es halte sich niemand daran, weil dieses Gesetz nicht flug sei und nur zur Veruhigung einiger Depuierter gemacht wurde, die sich damit hervorheben wollten, viel arbeiten bringe Arbeitlosigkeit, und wir brauchen viel Arbeit, weil wir im Kriege viel veräumt haben und die Verdienstlücken wieder ausfüllen müssen. Arbeiten wir nicht viel, können wir uns nie Maschinen kaufen.“

Und nun gibt Rinkl seinen Eindruck wieder, den er von der Antwort des italienischen Zieglers erhielt. Er schreibt:

„Diese Antwort traf mich wie eine Ohrfeige, ich mußte von dem Manne, der so viel von mir wissen wollte, eine solche Antwort empfangen, die ihm so selbstverständlich schien. Ich schämte mich nicht nur für mich, sondern für meine ganze Heimat und zog heute schneller ab als sonst.“

Ob sich Rinkl nun deswegen schämt, weil ein großer Teil Ziegeleibefitzer sich ebenfalls wenig um die gesetzliche oder tarifliche Arbeitszeit kümmert, oder aus welchem anderen Grunde er sich geschämt hat, verrät er nicht.

Man kann aber aus dem Schluß seines Elaborats un schwer herausfinden, daß er sich nach den im faschistischen Italien herrschenden anarchischen Zuständen sehnt und diese so schnell wie möglich in Deutschland eingeführt wissen möchte, denn er schreibt, daß er überall beobachten konnte, daß trotz des Achtstundentages alles beliebig lange arbeitet und hämmert, und das im Angesicht der Polizei und der ganzen Öffentlichkeit sogar Sonntags, und niemand hätte etwas dagegen.

Es fällt uns dabei etwas auf. Ansehend findet Rinkl in Deutschland nicht mehr allzuviel Anhänger für seine Anschauungen, daß eine längere Arbeitszeit, hauptsächlich in Ziegeleien notwendig sei, deswegen muß er nach Italien reisen. Wahrscheinlich will er aber die lange Arbeitszeit nur für die anderen, die Ziegler, nicht für sich.

Ein deutscher Ziegler wird sich bei dem kaum von der Hand zum Mund reichenden Verdienst keine Erholungsreise nach Italien gönnen können. Es scheint, daß Rinkl trotz der in Deutschland üblichen kurzen Arbeitszeit noch genügend verdient hat an der Arbeit seiner Ziegler, daß er sich das leisten kann. Wir gönnen ihm die Erholungsreise gern, aber möchten ihm doch einen Rat geben, und zwar: Bleibe im Lande usw. Herr Rinkl mag in Zukunft die Öffentlichkeit mit solchen Erzählungen verschonen, sie schaden ihm nur selbst und seinem Renommee als modern denkender Mensch.

Die Ziegler mögen aber eine Lehre daraus ziehen.

Die Anhänger der alten Verhältnisse, wie sie in der Vorkriegszeit in Ziegeleien herrschten, sind nicht nur einzelne Leute. Große Teile der Ziegeleiarbeiterschaft möchte diese Zustände wieder so bald wie möglich einführen.

Darum ist es Pflicht jedes Zieglers, für Stärkung seiner gewerkschaftlichen Organisation, des Fabrikarbeiter-Verbandes, Keramischer Bund, zu sorgen, damit die Sehnsucht Herrn Rinkls und seiner Gesinnungsfreunde nicht in Erfüllung geht.

Wirtschaftslage in der Kalkindustrie.

In Nr. 33 des „Keramischen Bundes“ vom 16. August 1928 wurden die Zahlen der Kalkproduktion und des Absatzes für das Jahr 1927 und die ersten Monate des Jahres 1928 veröffentlicht. Jetzt wird in der Tagespresse und den Fachblättern von einem erheblichen Rückgang des Kalkabzuges in den Monaten Mai und Juni gesprochen.

Wie aus den Veröffentlichungen hervorgeht, dürfte dieser Rückgang wohl mehr saisonmäßigen Charakter tragen. Bedingt wird er hauptsächlich durch das Nachlassen des Absatzes im Dingelstahl in der Landwirtschast. Der Absatz an das Baugewerbe soll ebenfalls nicht den Erwartungen entsprechen und allgemein hinter dem Absatz in der gleichen Zeit des Vorjahres zurückbleiben.

Auch der Absatz an die Eisen- und Stahlindustrie soll sich abgeschwächt haben. Dagegen hat der Kalkabzug an die Chemische Industrie angehalten und die Ziffern der Vormonate noch überschritten.

Nun wird in der Fachpresse gesagt, daß die starken Lohnsteigerungen und die Erhöhung der Kohlenpreise verschiedentlich zu Preiserhöhungen der Kalkzeugnisse geführt habe. Wer nun, ohne weiter darüber nachzudenken, diese Sätze liest, wird natürlich wieder sagen: hier sehen wir es ja ganz deutlich, daß Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen im Gefolge haben müssen.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Löhne in der Kalk-Industrie noch mit zu den niedrigsten in den gesamten Industrien der Steine und Erdenzgruppe gehörten. Es mag zugegeben werden, daß im Jahre 1928 verschiedentlich größere Lohnsteigerungen eingetreten sind, aber dafür sind in der Kalk-Industrie im Jahre 1927 von allen Industrien der Steine- und Erdenzgruppe die geringsten Lohnsteigerungen eingetreten. Aber auch im Jahre 1928 sind, im Durchschnitt gesehen, keine größeren Lohnsteigerungen eingetreten, wie in anderen Industrien auch.

Es ist eine bequeme Ausrede, wenn immer behauptet wird, die eingetretenen erheblichen Lohnsteigerungen hätten Preis-erhöhungen nach sich gezogen.

Auch die Unternehmer in der Kalk-Industrie sollten einmal ernsthaft prüfen, ob nicht andere Wege gangbar sind (technische Verbesserungen usw.), als gerade Preiserhöhungen, wenn einmal eine kleine Lohnsteigerung eingetreten ist.

Wir glauben ganz bestimmt, daß in der Kalk-Industrie in technischer Beziehung noch vieles gebessert werden könnte. Das würde auch die Unfallgefahr bedeutend vermindern, die heute nach dem Jahresbericht der Steinbruchs-Vereinsgenossenschaft, welcher auch die Kalkwerke zugehören, noch sehr groß ist. Die Unfälle haben sich im Jahre 1927 gegenüber 1926 wieder ganz bedeutend vermehrt. Darüber soll aber später berichtet werden.

Was noch zu dem gemeldeten erheblichen Rückgang des Kalkabzuges zu sagen ist, kann auf die Formel gebracht werden, daß in jedem Jahre Schwankungen zu verzeichnen sind.

Auf Grund dieser Schwankungen nun vor schnell ein Urteil über die wirtschaftliche Lage der Kalk-Industrie abzugeben, etwa dahingehend, die wirtschaftliche Lage sei schlecht oder gut, ist sehr gewagt.

Wahrscheinlich ist der Gesamtabsatz in einem Jahre. Erst wenn diese Zahlen vorliegen, könnte im gewissen Sinne darüber gerichtet werden, ob die Wirtschaftslage einigermaßen für die Industrie erträglich war oder nicht. Uns liegen verschiedene Geschäftsberichte größerer Kalkwerke vor, nach denen das Jahr 1927 für die Kalk-Industrie auch ein günstiges Jahr war. Für die Kalkarbeiterschaft kann das nicht uneingeschränkt behauptet werden.

Auch in der Kalk-Industrie sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch sehr verbesserungsbedürftig. Die Kalkarbeiter werden gut tun, wenn sie ihre gewerkschaftliche Organisation, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, stärken und den unorganisierten Teil der Kalkarbeiterschaft der Organisation zuführen.

Eine gute starke gewerkschaftliche Organisation verbürgt auch den technischen Fortschritt in der Kalk-Industrie und eine Hebung der Lebenslage ihrer Arbeiterschaft.

Verfügen die Kalkarbeiter über eine gute gewerkschaftliche Organisation, wird es den Arbeitgebern nicht so leicht gemacht

werden, die Lasten von wirtschaftlich ungünstigeren Zeiten, als sie momentan sind, auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, und sie werden versuchen müssen, durch andere Maßnahmen ihre Betriebe konkurrenzfähiger zu gestalten. Bisher ist das vielfach auf Kosten der Arbeiterschaft geschehen.

Ziegeleibefitzer und Akkordarbeit.

Am 21. Juni d. J. hatten die Ziegeleibefitzer, welche im Bunde Nordwestdeutscher Ziegeleien zusammengeschlossen sind, ihre Hauptversammlung. Auf dieser Tagung wurde nach dem Bericht in der „Tonindustrie-Zeitung“ vom 7. Juli d. J. über die Verhältnisse in der Ziegelindustrie beraten. Es wurde betont, daß die Tarifverhandlungen sich sehr schwierig gestaltet hätten, und daß von den Besitzern wesentliche Zugeständnisse gegeben werden müßten. Allerdings hätten die Arbeitnehmerorganisationen ihre Forderungen nicht ganz erfüllt erhalten. Andererseits aber hätten günstige Sonderabkommen nicht ausreicht erhalten werden können. Auch in der Ueberstundenbezahlung seien von den Ziegeleibefitzern Zugeständnisse gemacht worden. Vom Ziegeleibefitzer Kramer-Esnabrad wurde darauf hingewiesen, daß durch die Lohn- und Kohlenpreiserhöhung der Verkaufspreis für 1000 Ziegelsteine um 3 RM erhöht werden müsse. Leider würde diese Erhöhung nicht von allen Ziegeleibefitzern beachtet.

Aus diesen Darlegungen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß sich die Ziegeleibefitzer auf ihren Zugunsten nicht allein mit der Preisfrage für die Ziegelprodukte, sondern auch sehr intensiv mit der Lohnfrage beschäftigen. Wenn es in dem Bericht heißt, daß sie in der Lohnfrage sowie in der Ueberstundenbezahlung Zugeständnisse hätten machen müssen, und außerdem für einige Ziegeleien günstige Sonderabkommen nicht aufrecht erhalten werden konnten, so zeigt dieses, daß die Ziegeleibefitzer den gewerkschaftlichen Einfluß der Ziegler auf die Gestaltung des Lohnes und der Arbeitszeit nicht gering einschätzen. Es ist uns daher auch verständlich, warum sehr viele Ziegeleibefitzer nicht gerne in ihrem Betriebe organisierte Ziegler beschäftigen. Wissen wir doch, daß Unorganisierte sich viel mehr bieten lassen, als organisierte Ziegler.

Tarifverträge sind bekanntlich manchem Ziegeleibefitzer ein Dorn im Auge. Am liebsten sehnen diese Herrschaften wieder die frühere Zeit herbei, in welcher noch der Ziegler von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, und auch noch des Sonntags arbeiten mußte. Aber nicht bloß allein mit Lohn-, Arbeitszeitfragen, Ueberstundenzuschläge und Preisgestaltung für die Ziegelware haben sich die Ziegeleibefitzer auf dieser Tagung befaßt, sondern auch sehr intensiv mit der Akkordfrage.

In dem Bericht heißt es: „Dann wurde beschlossen, durch eine Umfrage bei den Mitgliedern festzustellen, welche Stundenleistung im Akkord bei normalen Verhältnissen verlangt werden kann a) von einem Einkarrierer, b) von einem Seher, c) von einem Auskarrierer.“

Hierbei wurde bemerkt, daß im allgemeinen das Zufügen und Definieren der Türen vor und nach dem Brennen vom Brenner, dagegen das Abschleppen und Reinigen der Stapelplätze von den Ofenleuten zu leisten wäre.

Mit dieser Rundfrage wollen die Ziegeleibefitzer feststellen, wieviel ein Arbeiter im Akkord leisten kann, um danach die Akkordsätze feststellen zu können. In fast allen Tarifen heißt es, daß bei Akkordarbeit 20 bis 25 Proz. über den Stundenlohn verdient werden muß. Wir haben gefunden, daß zahlreiche Ziegeleibefitzer im Laufe der letzten Jahre bauernd die Akkordsätze reduzieren.

Die Ziegeleibefitzer gehen bei Berechnung der Akkordsätze nicht von einer normalen, sondern gewöhnlich von einer Höchstleistung, die nur unter äußerster Kraftanstrengung erreicht werden kann, aus. Leider gibt es noch immer kurzfristige Ziegler, die diesen Vorkarrieren der Ziegeleibefitzer Vorschub leisten, die von morgens früh bis abends spät unter Anwendung aller ihrer Kräfte arbeiten, um ein möglichst großes Quantum Arbeit zu bewältigen.

Es nun eine gute Kolonne, die sich gegenseitig zusammen eingearbeitet hat, so tritt sehr oft in Erscheinung, daß die vorjährige Akkordleistung noch überboten wird. Die Folge von einem derartigen Verhalten der Kollegen ist gewöhnlich, daß die Ziegeleibefitzer beim Abschluß der nächsten Akkordvereinbarung den Akkordpreis drücken und eine höhere Akkordleistung verlangen, damit die Ziegler unter keinen Umständen über den im Tarifvertrag vorgesehene Akkordzuschlag verdienen. Macht man die Kollegen auf die Verhältnisse aufmerksam, so bekommt man sehr oft zur Antwort, daß sie im nächsten Jahre nicht wieder zu der gleichen Ziegelei hingingen. Daraus ergibt sich allerdings, daß die nachfolgenden Kollegen durch das Verhalten ihrer Vorgänger geschädigt und die Leidtragenden sind.

Es kann deswegen nur immer wieder die Mahnung ausgesprochen werden, daß die Zieglerkollegen in der Akkordarbeit Maß halten.

Aus dem Verbandsleben.

Saukonferenz des Gau 2 Magdeburg.

Am 28. und 29. Juli tagte in dem schön geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses in Magdeburg a. d. Elbe die Saukonferenz des Fabrikarbeiterverbandes Gau 2. Der Kollege Willing-Halberstadt eröffnete die Sitzung und begrüßte die Erschienenen. Dann übermittelte der Vorsitzende des Magdeburger Gewerkschaftsverbandes den Delegierten Grüße im Namen der dortigen organisierten Arbeiterschaft, gab einen kurzen Ueberblick über die Schaffung des Gewerkschaftshauses und wünschte der Tagung einen guten Verlauf. Anwesend waren 29 Delegierte, davon drei Kolleginnen, ferner der Kollege Köhler vom Hauptvorstand.

Den Delegierten lag ein gedruckter Geschäftsbericht vor, an Hand dessen der Gauleiter, Kollege Toltski, seinen Bericht gab. Es ging daraus hervor, daß die Organisation in den letzten Jahren gute Erfolge erzielt, daß die Verschmelzung mit dem Glas- und Porzellanarbeiterverband sich gut ausgewirkt hat und daß überall dort, wo eine gute Organisation besteht, erhebliche Erfolge für die Kollegenschaft erreicht werden konnten — im Gegensatz zu einzelnen Orten, wo ein sehr schlechtes Organisationsverhältnis besteht und die Unternehmer demzufolge auch die Schwäche der Arbeiterschaft weidlich auszunutzen. Aufgabe der Organisation wird und muß es sein, auch diese Kollegen noch für die Organisation zu gewinnen, um deren Lebenslage ebenfalls zu verbessern. Die gelbe Werksgemeinschaftsbewegung, die auch in unserem Gau einige Stützpunkte hatte, ist so gut wie erledigt. In der Zuckerraffinerie Halle, die von ihnen beherrscht wurde, konnten wir wieder festen Fuß fassen. Von dem Kollegen Blau wurde der Bericht ergänzt, indem er über die keramische Industrie berichtete. In dieser Industrie ist außerordentlich Reinerz Voben zu bearbeiten, doch kann auch hier gesagt werden, daß die Kollegen langsam, aber mit Erfolg für die Organisation zu gewinnen sind.

Die Kollegen Hille und Kreuzel erstatteten Bericht über den Verhandlungstag in Hamburg. Der erstere gab einen allgemeinen Ueberblick über den Verlauf des Verhandlungstages und die Neuerungen im Statut, während der Kollege Kreuzel die Forderungen im Unterstützungswesen sowie die Einführung der Invalidenunterstützung behandelte. Die Beiträge werden durchschnittlich um 10 Pf. erhöht, die im nächsten Jahre zur Schaf-

fung eines Fonds für die Invalidenunterstützung und später zur Deckung der laufenden Ausgaben für diesen Unterstützungsbezirk verwandt werden. Es war notwendig, die Invalidenversicherung einzuführen, einmal, weil verschiedene andere Organisationen dem schon nachgegeben sind, zum anderen, um unseren alten, bewährten und nun nicht mehr arbeitsfähigen Kollegen einen Beitrag zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes geben zu können.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Reune-Thale, Krause-Bitterfeld, Wiedenbeck-Helmstedt, Speckhardt-Bernburg u. a. Einen breiteren Raum nahm dabei die Vertretung vor den Arbeits- bzw. Landesarbeitsgerichten ein.

Es waren ferner drei bzw. vier Verbandsbeiratsmitglieder zu wählen. Gewählt wurden Kreuzel (Magdeburg), Krause (Bitterfeld), Schoof (Neuhaldensleben), und Hille (Stappfurt) als Ersatzmann. Der Kollege Schoof vertritt die keramische Industrie.

Der Kollege Köhler hielt dann seinen ausgezeichneten Vortrag „Unsere finanzielle Mäxtung“. An Hand von reichlichem Material legte er den Anwesenden klar, wie sich die Finanzen der Organisation erhalt und heute schon wieder eine ansehnliche Höhe erreicht haben. Unsere ganze Stärke liegt ja vor allem neben einer guten Organisation außerordentlich günstige Vermögensverhältnisse, denn sie bedeuten eine wirkliche Macht. Unser Bestreben wird und muß aber sein, immer weiter zu streben auf diesem Wege im Interesse der gesamten Mitgliedschaft, wie überhaupt aller Arbeitnehmer. Mit großem Interesse wurden die Ausführungen des Kollegen Köhler verfolgt und die vollständige Einmütigkeit der Anwesenden mit seinen Ausführungen festgestellt.

Unter Punkt „Verchiedenes“ wurden noch interne Verbandsangelegenheiten erledigt und der Vorstoß gemacht, eine Konferenz für die keramische Industrie abzuhalten.

Mit dem Eruchen an alle Delegierten, nun in den Zahlstellen nach dem hier Gehörten zu handeln und weiter fleißig im Interesse des Verbandes zu wirken, konnte der Kollege Toltski am Sonntag gegen 2 Uhr die überaus harmonisch verlaufene Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands schließen.



Diese Enttäuschungen kannst Du dir ersparen, wenn Du die Abonnenten- und Zeitschriftenversicherungen meidest. Versichere Dich bei dem Unternehmen der freien Gewerkschaften und Genossenschaften, der „Volksfürsorge“.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband.

Anfang August 1928.

Die Zahl der staatlich unterstützten Erwerbslosen ist wieder etwas zurückgegangen, wie aus nachfolgender Statistik ersichtlich ist:

| | Zahl der unterstützten Erwerbslosen | Zahl der Preisen-unterstützten | Insgesamt |
|-----------------|-------------------------------------|--------------------------------|-----------|
| 1. Januar 1928 | 1 188 274 | 211 472 | 1 399 746 |
| 1. Februar 1928 | 1 338 000 | 215 000 | 1 553 000 |
| 1. März 1928 | 1 237 500 | 215 000 | 1 452 500 |
| 1. April 1928 | 1 010 000 | 197 000 | 1 207 000 |
| 1. Mai 1928 | 729 300 | 182 000 | 891 300 |
| 1. Juni 1928 | 629 500 | 182 400 | 781 900 |
| 1. Juli 1928 | 610 687 | 113 595 | 724 282 |
| 1. August 1928 | 584 000 | 82 930 | 646 900 |

Bei der jetzigen Lage des Wirtschaftsmarktes muß sich in absehbarer Zeit entscheiden, ob wir tatsächlich am Beginn einer Wirtschaftskrise stehen oder nicht. Von der Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes wurden im letzten Monat 461 170 Mitglieder oder 98 v. H. der gesamten Mitgliedschaft erfasst. Mit Freude können wir feststellen, daß auch im Monat Juli eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist. Von den erfassten Mitgliedern waren 27 214 oder 5,9 v. H. arbeitslos und 10 869 oder 2,3 v. H. arbeiteten verkürzt. Die Verhältniszahlen für den Vormonat waren nur 5,6 und 2,2. Die prozentuale Steigerung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unserem Verbandsgebiet ist nicht so bedeutend, daß daraus besondere Schlussfolgerungen gezogen werden können. Die kommenden Monate werden größere Bedeutung haben.

Wie sich die Arbeitsmarktlage in den einzelnen Industriezweigen unserer Organisation gestaltet, geht aus der nachfolgenden Uebersicht hervor:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

| | Ende Juni 1928 | | | Ende Juli 1928 | | |
|---|----------------|--------|---------|----------------|--------|---------|
| | männl. | weibl. | insges. | männl. | weibl. | insges. |
| Fabrikarbeiter-Verband insgesamt | 5,3 | 6,3 | 5,6 | 5,6 | 6,9 | 5,9 |
| In der Industriezweiggruppe: | | | | | | |
| Chemie | 4,1 | 6,7 | 4,7 | 4,1 | 7,4 | 4,9 |
| Papier | 2,2 | 3,3 | 2,4 | 2,4 | 4,0 | 2,9 |
| Nahrungsmittel- u. Genussmittel | 7,9 | 9,8 | 8,3 | 8,0 | 10,4 | 8,6 |
| Spielwaren, Stromanze | 11,3 | 10,4 | 10,8 | 9,4 | 9,1 | 9,3 |
| Sonstige Industrien | 10,5 | 8,5 | 9,9 | 10,4 | 6,9 | 9,3 |
| Keramischer Bezirk insgesamt | | | | | | |
| a) Porzellan | 5,8 | 5,3 | 5,7 | 6,2 | 6,4 | 6,2 |
| b) Glas | 7,1 | 5,9 | 6,6 | 7,9 | 6,8 | 7,5 |
| c) Grobkeramik | 3,9 | 6,1 | 5,5 | 8,3 | 7,1 | 8,4 |
| | 3,6 | 3,6 | 3,6 | 3,9 | 5,0 | 4,0 |

Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verkürzt:

| | Ende Juni 1928 | | | Ende Juli 1928 | | |
|---|----------------|--------|---------|----------------|--------|---------|
| | männl. | weibl. | insges. | männl. | weibl. | insges. |
| Fabrikarbeiter-Verband insgesamt | 1,9 | 3,3 | 2,2 | 1,9 | 3,6 | 2,3 |
| In der Industriezweiggruppe: | | | | | | |
| Chemie | 3,2 | 6,3 | 4,1 | 2,8 | 5,2 | 3,4 |
| Papier | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 1,1 | 0,7 | 1,0 |
| Nahrungsmittel- u. Genussmittel | 1,4 | 1,3 | 1,4 | 1,4 | 0,4 | 1,2 |
| Spielwaren, Stromanze | 4,5 | 6,0 | 5,2 | 2,1 | 5,7 | 3,9 |
| Sonstige Industrien | 1,2 | 1,5 | 1,3 | 1,1 | 2,0 | 1,6 |
| Keramischer Bezirk insgesamt | | | | | | |
| a) Porzellan | 3,6 | 2,7 | 3,2 | 6,7 | 6,5 | 6,6 |
| b) Glas | 2,3 | 4,0 | 2,9 | 1,6 | 4,0 | 1,9 |
| c) Grobkeramik | 0,6 | 0,2 | 0,6 | 0,4 | 0,2 | 0,3 |

In diesem Monat zeigt der Arbeitsmarkt in den einzelnen Industriezweigen unseres Verbandes, mit Ausnahme der Spielwarenindustrie, eine leichte Verbesserung. Die Glasindustrie und die Porzellanindustrie sind an der Verschlechterung des Arbeitsmarktes am stärksten und gleichmäßig beteiligt. Die Kurzarbeit ist auch etwas gestiegen, soweit der ganze Verband in Frage kommt. Die einzelnen Industriezweige dagegen zeigen ein einzelnes Bild. In der chemischen Industrie ist die Kurzarbeit von 4,1 auf 3,4 v. H. gesunken. In dem Rückgang der Kurzarbeit sind ferner beteiligt die Nahrungsmittelindustrie,

die Spielwarenindustrie, die Glas- und Grobkeramische Industrie. Eine nicht unerhebliche Steigerung der Kurzarbeit ist in der Porzellanindustrie zu verzeichnen.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit schneidet diesmal Westfalen am günstigsten ab. In Hessen hat die Arbeitslosigkeit gegen den Vormonat zwar etwas nachgelassen, im ganzen Verbandsgebiet hat Hessen aber mit 11,5 v. H. die stärkste Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Fünfundwanzigjähriges Bestehen der Zahlstelle Städt. des Fabrikarbeiterverbandes.

Am Sonntag nachmittag fanden sich viele Mitglieder und Freunde der Zahlstelle Städt. Gemmoor des Fabrikarbeiterverbandes zusammen, um aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle ein fröhliches Fest zu feiern. Nach einleitenden Musikstücken, dem vom Arbeitergesangsverein vorgetragenen Liede „Eintracht und Liebe“ und einem von Fräulein Koch gesprochenen Prolog ergriff Kollege Otto Adler-Gannover das Wort zu längeren Ausführungen. Er überbrachte zunächst Grüße des Hauptvorstandes an die feiernde Zahlstelle und gab dann einen geschichtlichen Ueberblick über das Werden und Können des in Hannover gegründeten Gesamtverbandes, der heute den stattlichen Bestand von 468 000 Mitgliedern aufweist. Er schilderte anschaulich die riesigen Schwierigkeiten, die sich der Organisation gerade der „ungelehrten“ Arbeiterschaft entgegenstellten und führte als Beispiel eines Arbeitsvertrages, wie er uns heute ungeheuerlich erscheint, die Bedingungen an, unter denen z. B. in den 80er Jahren im Ziegeleigewerbe gearbeitet wurde. Arbeitszeit von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, 2 Mark Tagelohn, wovon jedoch nur 8 Mark wöchentlich ausbezahlt, der Rest bis zum Ende der Kampagne zurückbehalten wurde. Um diese Reibeträge mußte der Verband alljährlich zahlreiche Klagen für seine Mitglieder durchsetzen. In der Entwicklung der Zahlstelle Städt. Gemmoor, die nach einem vergeblichen Versuch 1897 am 3. August 1903 gegründet wurde, führte Kollege Adler aus, daß durch die Unzufriedenheit, hervorgerufen durch die Drangsalierung und schlechte Entlohnung, bei der Arbeiterschaft der Städt. Lederfabrik ein Teil der Arbeiter zu der Ueberzeugung gekommen war, daß eine Verbesserung ihrer Lebenslage nur durch den Zusammenbruch der gesamten Arbeiterschaft zu erreichen ist. Die Kollegen Heinrich Jäger, August Plagmann und Heinrich Breuer berieten zum 3. August 1903 in Schönlich eine Versammlung aller ungelehrten Arbeiter von Städt. ein, 24 auf der Lederfabrik beschäftigte Arbeiter ließen sich in den Verband aufnehmen. Die Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerbliche Hilfsarbeiter war damit gegründet. Zum Vorsitzenden wurde August Plagmann, zum Kassierer Heinrich Jäger und zum Schriftführer Heinrich Breuer gewählt. Bis zum Jahresabschluss zählte die Zahlstelle über 150 Mitglieder. Auch vom Leder-Arbeiterverband wurde eine Zahlstelle gegründet, dem 16 Kollegen beitraten. Diese Zahlstelle hatte aber keine lange Lebensdauer, so daß die Interessentvertretung der Lederarbeiter von anderer Organisation erfolgen mußte. Im Juni 1905 kam es zwischen der Betriebsleitung der Lederfabrik und der Arbeiterschaft zu Differenzen. Die Arbeiterschaft legte, ohne sich mit der Betriebsleitung und Hauptvorstand in Verbindung gesetzt zu haben, die Arbeit nieder und trat in den Streik. Aber die Einigkeit bei der Arbeiterschaft der Zahlstelle war nicht stark genug. Ein Streik (Hannover) sammelte Unterschriften bei den Mitgliedern beim Hauptvorstand in Hannover ab, so daß die Zahlstelle noch 14 Mitglieder zählte. Die Betriebsleitung der Lederfabrik hatte nun ihr Ziel erreicht, der Verband war nun so gut wie beseitigt. Die Polizeibehörde Alumburg verbot durch allerlei Schikanierungen auch noch den Rest der Zahlstelle zu betreiben. Um dieses zu umgehen, meldeten sich die 14 genannten Kollegen im Jahre 1906 bei der Zahlstelle Harburg an. Die Zahlstelle Harburg ließ nun das Unterbezugsgebiet durch den Kollegen Albert Hüppner (heute Haukeier im Gau 7, Dresden) autorisiert besetzen. Die Sägereiarbeiter wurden organisiert. In den Ziegeleien von Städt. Krehlingen und Jork wurde versucht, die Arbeiterschaft anzuknüpfen und für den Verband zu gewinnen. Unter der Arbeiterschaft der Zementfabrik in Gemmoor wurde gewerkschaftliche Arbeit geleistet mit dem Erfolg, daß in Gemmoor eine Zahlstelle gegründet wurde. Diese Zahlstelle konnte aber auch nicht lange bestehen. Die Betriebsleitung ließ auch hier nichts unversucht, den Verband wieder zu beseitigen. In Carthagen hatte Kollege Guppner einmal bei den Sägereiarbeitern 16 Mitglieder aufgenommen. Trotz der schweren und oftmals mit Gefahren für den Kollegen Hüppner verbundenen Arbeiter konnten leider für den Verband keine dauernden Erfolge erzielt werden. Nichtsdestoweniger mußten die Arbeitgeber mit dem Einfluß des Verbandes rechnen, so daß die Arbeit der Gewerkschaft doch oft sehr wertvoll für die Arbeitnehmer war.

Über 100 Mitglieder hatte der Kollege Hüppner im ganzen Bezirk vereinzelt. In den zum Agitationsgebiet unseres Verbandes gehörigen Betrieben waren aber über 400 Arbeiter be-

schäftigt. Es ist daran zu erkennen, wie schwer die hiesige Arbeiterschaft vor dem Kriege für die Organisation zu gewinnen war. Mit Ausbruch des Krieges unterließ die Agitationsarbeit im Unterbezugsgebiet ganz, nur in Städt. konnte die Bandsarbeit von einigen älteren Kollegen und Frauen ausgeführt werden. 1917 setzte die Agitation in Städt. wieder ein.

Die Kollegen Vorger und Schwarz von der Zahlstelle haben in der Zahlstelle Städt. sehr viel Arbeit geleistet, so daß die Anstellung eines Agitationsleiters für das Unterbezugsgebiet notwendig wurde. Am 15. Januar 1923 trat Kollege Wilhelm als Agitationsleiter an. Bei seinem Antritt waren 400 Mitglieder vorhanden. Im März 1922 erfolgte die Zusammenlegung der Zahlstelle Städt. mit Scharrenburg (50 Mitglieder). 1924 vollzog sich der Anschluß der Zahlstelle Gemmoor (278 Mitglieder) an Städt. Die Zahlstelle bekam den Namen Bezirks-Zahlstelle Städt.-Gemmoor mit dem Sitz in Städt. 1926 konnten der Zahlstelle durch die Verschmelzung mit dem Glasarbeiterverband in Scharrenburg 170 Mitglieder zugeführt werden. Heute zählt die Zahlstelle 1570 männliche und 114 weibliche, zusammen 1684 Mitglieder. Die Arbeiter sind Städt. zu 97 Prozent, Zement-Fabrik Gemmoor zu 93 Prozent in der Glasindustrie 100 Prozent, Zementindustrie 98 Prozent, Ziegeleiindustrie 61 Prozent der in den Industrien beschäftigten Personen organisiert.

Vier der ältesten Mitglieder, die Kollegen Heinrich Jäger, Ernst Wölter, Franz Röber und der Zahlstellenleiter Kollege Wilms wurden durch vom Kollegen Adler im Namen des Gesamtverbandes überbrachte Diplome besonders geehrt. Der Redner dankte den Jubilaren für ihre unermüdete Mitarbeit an der Sache des Verbandes bewiesene Treue und rief die jüngeren Kollegen zu freudigem Nachstreben auf. Kollege Schurig überreichte nun mit Glückwünschen vom Ortsausschuß Städt. die AGV, eine künstlerisch ausgeführte Adresse an die Zahlstelle in Harburg, und Gedicht, vorgetragen von Fräulein Koch, und das Lied „Brüder, zur Freiheit, zur Sonne“ folgten. Darauf richtete der Zahlstellenleiter, Kollege Wilms, Worte des Dankes an die Jubilaren und ermahnte alle Kolleginnen und Kollegen zu weiterer treuer Mitarbeit, die auch heute noch bittend notwendig ist. — Der Nachmittagsveranstaltung ging im gleichen Lokal eine Generalversammlung der Zahlstelle Städt.-Gemmoor des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands voraus, während die Frauen der auswärtigen Delegierten unter fachkundiger Führung Gelegenheit zur Besichtigung unserer schönen alten Stadt gegeben wurde.

Zahlstelle Winklar.

Wir bringen den Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß die Zahlstelle Winklar die Unterzahlungen nur noch Sonntags von 6 bis 14 Uhr ausbezahlt werden. Die Auszahlungen erfolgen in der Wohnung des 2. Vertrauensmannes.

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3a unserer Statuts folgende Mitglieder:

Zahlstelle Berlin: Karl Biemann, Karten-Nr. 679 918; Gustav Senz, Karten-Nr. 679 920; Fritz Krüppel, Karten-Nr. 679 921; Georg Döring, Karten-Nr. 679 148.

Zahlstelle Wittenberg: Paul Reibig, Buch-Nr. 679 148; 429 688; Albin Willardt, Buch-Nr. 679 148.

Zahlstelle Erfurt: Paul Thon, Buch-Nr. 740 379; Hermann Thon, Buch-Nr. 740 383; Streitbruch.

Literarisches.

Die Verwaltungsreform als Aufgabe der Demokratie. Von Dr. Carl Herz, Bürgermeister in Berlin. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. H. B. Berlin W. 35. Potsdamerstraße 100. Preis 1,20 RM.

In dieser Schrift werden alle jene Probleme, die mit der Verwaltungsreform verbunden sind, ausführlich erörtert. Verwaltungsreform ist ja eine der vielen Schlagwörter unserer Zeit, deshalb werden die von hervorragender Sachkenntnis getragenen Ausführungen von Dr. Herz, der am Entwurf des Verwaltungsgesetzes und Verfassungsentwurfes des sozialdemokratischen Heidelberger Parteiprogramms bei allen ein besonderes Interesse erregt, die an der Durchführung der Verwaltungsreform beteiligt und interessiert sind. Der Preis der Schrift beträgt für die freigeschäftlich organisierten Kollegen ebenso wie für die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes 0,80 RM. Im Buchhandel ist sie broschiert zum Preise von 1,20 RM zu beziehen.

Arbeitsmarkt.

Wir suchen noch einige tüchtige, perfekte Sortierer, die bereits in besseren Qualitätsfabriken tätig gewesen sind. Eintritt kann sofort erfolgen.

Porzellanfabrik Kahla, Zweigniederlassung in Freiberg, Postfach 49.

Einen Formengießer sucht Wilhelm Wischmann, Blumenopffabrik, Goldin, Neumarkt.

Einträger, Kübelmacher und Anfüher für Kelle werden sofort eingestellt. Für Wohnung und Essen ist im neuerbauten Ledigenheim gesorgt.

Firma Brox & Maber, Döbern, N.-L.

Zwei Schleifergeliebten, ledig, eingearbeitet auf sämtliche vor-

kommende Arbeiten, suchen sofort Stellung. Angebote an

Dito Weniger, Gannau, Sch. L., Wilhelmstr. 14.

Zwei junge Kelmacher (rheinische Art), verheiratete, suchen anderweitig Arbeit. (Wohnung: Bedingung). Angebote sind zu richten an

Dr. Luftig, Berlin-Köpenick, Wendenhofstr. 64.

Feinschleifergeliebte auf Kelle, Römer, Still- und Schäl-

schliff, sucht Stellung im In- oder Ausland. Angebote sind zu richten an: Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.,

Bezirksverwaltungsstelle Glas, Perrenstr. 14, Stb.

Jünger Formengießer (Steingutgeschirr), auch in der Vieh-

rei bewandert, sucht Stellung, ebenso ein junger Steingutdreher.

Angebote unter „F. 145“ an den „Keram. Bund“.

Tüchtiger Dreher, 35 Jahre alt, verheiratet, mit sämtlichen

Arbeiten der Dreherei und Vieherei bestens vertraut, an flott-

und sauberes Arbeiten gewöhnt, sucht sofort Dauerstellung. Geil-

Angebote an Arbeitsvermittlungsbüro Nebenstelle

Wannstein (Hüdingen), Ed. Müller.

Jünger, lediger Schleifergeliebte auf leichte Kammelarbeit,

Beleuchtungskörper und Kelle, sucht sofort Stellung. Anfragen

sind zu richten an den Arbeitsnachweis für die Glas-

industrie Döbern, N.-L.

Zwei tüchtige Zylinder und Bechermacher, verheiratet, suchen

Stellung. Angebote erbeten unter Arbeitsnachweis

Kadeberg, Rirnaerstr. 21.

Tüchtiger Glaschmelzer, welcher schon jahrelang Farb-

glas und Blei-Kristall geschmolzen hat, sucht für sofort Stellung

im In- oder Ausland. Angebote an den Arbeitsnachweis

Karl Skurnia, Liebau i. Schl., Wilsdorfstr. 4.

Berichtigung. In d. Inserat: Farbenschlammelager

geändert, muß es heißen: Czarnowitzer Glasbütte,

Altiengesellschaft, Murov (nicht Aurov), Kreis Opatowitz.

Achtung! Wir machen die arbeitssuchenden Kollegen noch

einmal darauf aufmerksam, daß die von ihnen aufgegebenen Ar-

beitsgesuche von der zuständigen Zahlstellenverwaltung abge-

stempelt werden müssen. Nur Arbeitsgesuche mit dem Stempel

der Zahlstelle werden kostenlos angenommen. D. H.

Verlag: Albin Karl, Charlottenburg, Brabeckstr. 2-5.

Verantwortlich für den Inhalt: Hans Lawrenz, Charlotten-

burg, Brabeckstr. 2-5.

Druck: C. Janiszewski, Berlin S.O. 26, Elisabethufer 25/26.